

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Botenlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Botenlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungs-Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. zzgl. Postgeld.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die gespaltene Pettzeile oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Beilagsanzeigen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Insetrate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Insetrate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redakt.: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Wahlrechtsliga.

Arbeiter, Bürger, Parteigenossen!

Die von Euch in der denkwürdigen Versammlung zu Stötteritz am 5. Januar gewählte Kommission hat, um eventuelle Weiterungen und Störungen von außen zu vermeiden, den Beschluß gefaßt, sich als **Berein** unter dem Namen

Wahlrechtsliga

zu konstituieren. Das ist gestern geschehen. Der unterzeichnete Vorstand ist gewählt worden. Näheres über die Erwerbung der Mitgliedschaft u. s. w. wird in kürzester Frist bekannt gegeben.

Die Aufgabe der **Wahlrechtsliga** ist klar vorgezeichnet. Sie soll den Kampf für die **Erhaltung und Erweiterung des bestehenden Landtagswahlrechts in Sachsen** mit aller Energie planmäßig führen. Sie soll gegen die volksfeindlichen Untriebe der Staatsstreicher die vertriebenen Volksrechte schützen und dem Klüngel der Geldsackparteien, die uns das elende Dreiklassenwahlrecht oktroyieren wollen, die Stirne bieten.

Alle Mittel der Propaganda in Wort und Schrift, Versammlungen, Flugblätter, die Presse, Petitionen, Demonstrationen werden gebraucht, die Arbeiten für die gefährdeten Volksrechte werden einheitlich geleitet und ausgeführt werden.

Mitglied der Wahlrechtsliga kann jeder werden, der sich zu diesen, in der Stötteritzer Resolution festgelegten Forderungen bekennt. Alle Unterdrückten, alle Ausgebeuteten, die großen Massen der Arbeiter und kleinen Leute sind in ihrem höchsten Interesse durch die schmähliche Wahlentziehung bedroht.

Jeder Freund der Freiheit und des Rechts gehört in die Reihen der Wahlrechtsliga. Bürger, Arbeiter, Parteigenossen! **Gefahr ist im Verzug!** Die Reaktion will durch eine Ueberrumpelung die in großem Stille eröffnete Wahlrechtskampagne lahmlegen. Jeder Tag kann die Vorlage bringen. Es gilt ungesäumt zu handeln, sich zur Gegenwehr zu rüsten, schlagfertig zu sein. Nicht unvorbereitet darf der Feind uns finden.

Tretet ein in die Wahlrechtsliga!

Unser Feldgeschrei lautet:

Nieder mit den Umstürzern von Oben! Hoch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht!

Leipzig, 8. Januar 1896.

Der Vorstand der Wahlrechtsliga.

Dr. Bruno Schoenlant, Mitglied des Reichstags, 1. Vorsitzender. **Karl Vuhl**, Lagerist, 2. Vorsitzender. **Paul Almann**, Schirmfabrikant, Kassierer. **Otto Volkender**, Redakteur, Schriftführer. **Ernst Grenz**, Expedient, Beisitzer. **Paul Schiemann**, Former, Beisitzer. **Julius Lehmann**, Schriftsetzer, Beisitzer.

Leipzig, 8. Januar.

Ueber Frankreich im Jahre 1895 schreibt uns unser Pariser #.-Korrespondent: Ein ereignisreiches Jahr hat Frankreich hinter sich. Eine Präsidentschafts- und zwei Ministerkrisen, ein langwieriger und opfervoller Kolonialkrieg, ein großer gewerkschaftlich-politischer Kampf, zwei politisch-finanzielle Skandale (Südbahn- und Phosphat-schwindel) — das die Hauptereignisse, die dem verflohenen Jahre ein besonderes Gepräge aufdrückten.

Das Jahr 1895 begann mit dem Sturz des „starkfäustigen“ Ministeriums Dupuy und der sich daran anschließenden Demission des Präsidenten Casimir Perier.

„Die Republik wird konservativ sein oder sie wird nicht sein,“ prophezeite vor einem Vierteljahrhundert Präsident Thiers, der Staatsmann der Großbourgeoisie. Das gerade Gegenteil von dem hat die Geschichte als wahr erwiesen: Die Republik darf unter Gefährdung aller Kräfte nicht konservativ sein. Jeder Versuch, die Republik zu einem Werkzeug konservativer, d. h. (in Frankreich) großbürgerlicher und arbeitfeindlicher, Interessens herabzuwürdigen, im steten Wachsen begriffenen Sozialismus eingeleitet. So kam es, daß die Vollblutreaktionäre Dupuy und Perier fast zwei Jahre hindurch (vom April 1893 an) einander als Ministerpräsidenten am Staatsruder ablösten. Nach

der Ermordung Carnots (Juni 1894) gelangte vollends Perier auf den Präsidentenstuhl, während Dupuy Ministerpräsident war und blieb. Den Ordnungsleuten hing damals der Himmel voll Wahngelien. Sie segneten im stillen den Dolch Caserios, der einem so bewährten und berufenen Ordnungskämpfer, dem vielfachen Millionär Perier, zum höchsten Staatsamt verholfen hat. Dupuy im Bunde mit Perier wird, so hoffen die Reaktionen, die sozialistische Gefahr endgültig bannen und eine Aera dauernden Stillstandes eröffnen. In Wirklichkeit eröffneter sie eine Aera heftiger Kämpfe, in denen die Sozialisten die Oberhand behalten sollten.

Die Wahl des wegen Perier-Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis nebst 3000 Franken Buße verurteilten Sozialisten Gérard-Richard war für den Präsidenten eine noch schwerere persönliche Niederlage, als die kurz vorher mit Hilfe der Sozialisten zu stande gekommene Wahl des sozialistischen Radikalen Wachimont, der in Periers eigenen Wahlkreis den von diesem unter 1895ten Kandidaten geschlagen hatte. Dann kam (Januar 1895) die Interpellation des sozialistischen Abg. Millerand über die Südbahngarantie, die das Ministerium Dupuy zu Falle brachte und zugleich Periers Freund, den ehemaligen Minister der öffentlichen Arbeiten Raynal, als den Urheber des zum Nachteil des Staates und zur Begünstigung der Eisenbahngesellschaft abgeschlossenen Vertrags an den Pranger stellte. Nun hatte es Perier genug. Der als stahltester Charakter gepriesene Kapitalistenhäuptling ergriff vor den bösen Sozialisten die Flucht, von seinen eigenen Leuten verböhnt und verachtet.

Der Sturz des Staatsretterpaares Dupuy-Perier bedeutete den Bankrott der unverhüllten, selbstfischeren Reaktionspolitik. An deren Stelle trat mit Felix Faure als Präsidenten und Ribot als Ministerpräsidenten eine unsichere, mehr oder minder verklärte, in der Hauptsache jedoch, namentlich in Bezug auf die Arbeiterklasse, im alten Geleise einher-schwankende Reaktionspolitik. Faure und Ribot gehörten

zu der schwächeren, friedfertigeren Spielart des Opportunismus.

In diesem Personalwechsel spiegelte sich wider die durch die Doppelkrise erzeugte Abspannung und Erschlaffung im Lager der Ordnungspartei. Letztere noch willensstark genug, um die Wahl des Radikalen Brissou zum Präsidenten zu verhindern, ihre Energie reichte aber nicht mehr dazu aus, einen markanten Ordnungskämpfer, wie Waldeck-Roussseau, auf den Präsidentenstuhl zu setzen. Wie stark übrigens die auf die Kraftmeier-Politik folgende Abspannung war, zeigt der Umstand, daß der neue Präsident, trotzdem er von einer opportunistisch-monarchistischen Mehrheit gewählt war, zunächst den Radikalen Bourgeois mit der Kabinettsbildung beauftragte und — nach dem Zustandekommen des Ministeriums Ribot — in eine umfassende politische Amnestie einwilligte. Die Amnestie kam unter anderem Rochefort, Gérard-Richard und dem sozialistischen Abg. Carnaud zu Gute, wozu letzterer unter Dupuy in Roanne, am Schauplatz des Weberstreiks, verhaftet worden war.

Die weberstreikische Verhaftungszeit des Ribot ist von drei Ereignissen beherrscht: der Madagascar-Expedition, dem Südbahnschwindel und dem Carmauzer Ausstand.

Wenn auch das Kabinett Ribot für die unter Dupuy ausgearbeitete liederliche Organisation der Expedition nicht verantwortlich gemacht werden kann, so hat es doch seinerseits die Organisationsfehler durch eine kopflose Leitung verhängnisvoll werden lassen. Die derart geleitete Expedition kostete an Menschenopfern — nach amtlich zugegebenen Zahlen — 3700 Tote, wozu die mindestens das Doppelte betragende Zahl der für ihr Leben lang an der Gesundheit Geschädigten hinzukommt. An Geld, das zu einem erheblichen Teile nutzlos verthan wurde (namentlich für die unbrauchbaren Levebvre-Wagen), kostete die Expedition, zusammen mit den jüngst votierten Nachtragskrediten, über 80 Millionen Franken. Und was wird Madagascar dem

französischen Völke einbringen? Nach den bisherigen kolonialpolitischen Erfahrungen Frankreichs und der Beschaffenheit der Insel zu urteilen, weitere Ausgaben für Unterhaltung der Occupationstruppen und des bereits im Werden begriffenen Beamtenapparats, einträgliche Stellen für ausrangierte oder angehende Beamten, einige fette und korruptionschwangere Konzeffionen für langfingerige Kapitalisten (siehe Phosphatschwindel in Algerien), neue Einnahmequellen für Couponabschneider aus den kommenden Madagascar-Anleihen und, wenn es hoch kommt, einige Millionen mehr jährlich an Warenabsatz für die Industriellen. . . Das Ganze nennt man dann ein „Werk der Zivilisation und des Patriotismus“.

Diese Art Zivilisation und Patriotismus paßt übrigens vortrefflich in den Rahmen der Ordnungspolitik. Der große, politisch rücksichtslose Haufen vergißt leichter seiner nächsten Beschwerden, wenn man ihm von kriegerischem Ruhm, und sei es auch in einem verlorenen Winkel Asiens oder Afrikas, vortrommelt. Diese Erwägung spielte, neben dem Wunsche nach Ausdehnung des Absatzmarktes und dem Bestreben, in allgemeinen, von allen kapitalistischen Staaten betriebenen Länderraub einen möglichst großen Benteanteil an sich zu reißen, eine nicht zu unterschätzende Rolle auch in der Kolonialpolitik der dritten Republik. In der That, der neueste kolonialpolitische Vorstoß Frankreichs fällt in den Anfang der achtziger Jahre, in eine Zeit, wo die republikanische Bourgeoisie, der Herrschaft sicher, in ihrem gegen die Monarchisten gerichteten Reformeifer erlahmte und daher auf Mittel sinnen mußte, die unzufrieden werdende Masse mit einer Umweisung auf Kriegslorbeeren zu beschwichtigen. Die Madagascar-Expedition, die durch den Protektoriatsvertrag von 1885 gewissermaßen vorbereitet wurde, bildet bis auf weiteres das letzte Glied in der Reihe der opportunistischen Kolonialkriege.

In der Südbahnaffäre handelte es sich um ein Panama im Kleinen. Die Aktionäre wurden vom Verwaltungsrat mit Hilfe feiler Politiker, darunter namentlich der Senator Magnier, um über 800 000 Franken geprellt. Magnier verschaffte dabei seinen Einfluß als Mitglied des Generalrates des Vor-Departements. Die Befestigung Magniers und anderer Parlamentarier am Schwindel war ein öffentliches Geheimnis. Am 1. Juni wurde die Frage vor das Parlament gebracht vom sozialistischen Abgeordneten Ronanet. Trotzdem aber wurde die Untersuchung in ebenso schonender Weise geführt, wie die Panama-Untersuchung, bei welcher ja ebenfalls ein Ministerium Ribot eine meisterhafte Vertuschungstätigkeit entfaltet hatte. Von den korrupten Parlamentariern wurde nur Magnier dem Verichte überliefert, die übrigen rettete man durch eine „Non-liou“ — Erklärung infolge angeblichen „Mangels an Beweisen“. Dieses Verhalten sollte das Ministerium mit seinem Sturze bezahlen.

Mit der widergeseligen Schonung korrupter Politiker aus den eigenen Reihen harmoniert vortrefflich die stramme Haltung der Regierung gegenüber der Arbeiterklasse. Persönlich ist freilich Ribot, wie bemerkt, aus weicherem Holze geschnitten als Dupuy, ja er gehört eher zur Gattung der politischen Weichlinge. Eines energischen, zielbewussten Strebens war er überhaupt weder im guten noch im bösen fähig. Allein was dem Ministerpräsidenten an Schneidigkeit fehlte, wurde reichlich ersetzt durch das seit den Zeiten Dupuys und Periers auf die Arbeiter- und Sozialistenhays dressierte Beamten- und Richterpersonal. Die Regierung brauchte nur den bewährten Werkzeugen freie Hand zu lassen, damit sich die alten ordnungskämpferischen Praktiken in ihrer ganzen Brutalität entfalten konnten. Man denke nur an die Haltung der Behörden während des Aufstandes in Carmaux. Seinen schließlichen Erfolg hat Messagier vorwiegend den Präfekten Doux zu verdanken, der Polizei und Militär, alle möglichen Provokations- und Einschüchterungsmittel in den Dienst des Unternehmers stellte und sich sogar direkt zum Anwerber von Streikbrechern gemacht hat.

Die Eröffnung der außerordentlichen Session (am

22. Oktober) geschah unter anscheinend günstigen Ausichten für das Ministerium. Der durch die Hubschpoften aus Madagascar im ganzen Lande hervorgerufene Entrüstungssturm hatte sich nach Eintreffen der Nachricht vom siegreichen Ausgang der Expedition gelegt. Der stinkbucelige Senator Magnier hatte sich dem Verichte gestellt und befaß sich hinter Schloß und Riegel. Der Zustand in Carmaux war zwar noch nicht beendet, aber die von den Behörden unmittelbar vor der Sessionseröffnung zum Zwecke der gewaltsamen Abkürzung des Konflikts entsandte Brutalität schien die opportunistisch-monarchische Kammermehrheit fester denn je an das Kabinett fesseln zu sollen. . . Und doch überlebte das Kabinett die erste Woche der Session nicht. Noch der Jaurès'schen Interpellation über Carmaux, welche dem moralischen Ansehen des Ministeriums einen schweren Schlag versetzt hatte, kam (am 28. Oktober) die Interpellation Ronanets über den Südbahnschwindel, die das Ministerium zu Falle brachte.

Damit war die Ordnungs- und Korruptionspolitik am Ende ihres Latens. Alle Notabilitäten der Ordnungspartei waren bereits abgenutzt, sowohl die Vertreter der schneidigeren, wie die der schlafferen Schattierung. Felix Faure blieb nichts anderes übrig, als den Radikalen Léon Bourgeois mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Und was diesem im Januar nicht gelang, gelang ihm Ende Oktober: er brachte ein homogenes (gleichartiges) radikales Kabinett zu stande.

Die letzte Ministerkrisis bedeutet nicht nur einen Personen-, sondern auch einen Systemwechsel. Das neue Ministerium stellt ein achtungswertes Reformprogramm sozial- und steuerpolitischem Inhalts auf. Andererseits hat es durch die Verhaftung Artons, die Wiederaufnahme der Südbahn- und der Panamanterforschung, durch Einbringung eines Gesetzesentwurfs gegen Schacherpolitiker, sowie durch einige bezeichnende Amtsentsetzungen den Entschluß kundgegeben, mit der Vertuschungspolitik der opportunistischen Ministerien zu brechen. Endlich nahm es der Arbeiterbewegung gegenüber mit Wort und That (schiedsrichterlicher Versuch in Carmaux, Bestätigung der von den Gemeinderäten und dem Seine-Generalrat votierten Unterstühtungen zu Gunsten der Carmauxer Ausständigen, Veretzung Doux', Desavouierung des Gesetzesentwurfs Trarieux, Dekret betr. Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse) eine freundlich-neutrale Stellung ein.

Das alles hat die vorwärtstreibende und wachsende Kraft des Sozialismus bewirkt. Durch einen rücksichts- und rastlosen Kampf in und außerhalb der Kammer haben die Sozialisten im Laufe des Jahres 1895 zwei großbürgerliche Ministerien gestürzt, einen großbürgerlichen Präsidenten in die Flucht gejagt und ein demokratisches Ministerium aus Runder gebracht. Sie dürfen mit Siegesstolz auf das verfloßene Jahr zurückblicken.

Politische Uebersicht.

Aus dem in den Preussischen Jahrbüchern veröffentlichten Aufsätze des Numerius Regidius über Anulus Agerius und die preussische Staatsanwaltschaft haben wir das wesentliche bereits (Nummer 2) mitgeteilt. Seine Kritik der heutigen Rechtsprechung ist vernehmlich; und der Kritiker ist selbst ein hochgeachteter Richter, der aus der Staatsanwaltschaft hervorgegangen ist und schon unter dem preussischen Justizminister Simons, also vor 1862 amtiert hat. Heute seien einige Einzelheiten aus der wertvollen Arbeit nachgetragen.

In der Konfliktzeit, unter dem berüchtigten Justizminister Grafen zur Lippe, einem bornierten Feudalen, regelte sich die Karriere überall in der preussischen Justiz, innerhalb der staatsanwaltschaftlichen Hierarchie, wie im Kreise der Justizkollegien überwiegend nach dem Maße politischer Gesinnung. Wer sich darin gut konventionell (regierungstreu) betätigte, kam wunderbar rasch in die Höhe, wer des bösen Geistes des Liberalismus verdächtig oder überführt war, wurde in jeder Weise, per fas et nefas (durch Recht und Unrecht, auf jede Weise), verfolgt, gehetzt, gemahregelt.

Um die Auffassung des Anulus Agerius, des ersten Kritikers der preussischen Justiz, daß der verderbliche Einfluß der Staats-

anwaltschaft allein die heutige preussische Strafjustiz geschädigt habe, zu widerlegen, führt Numerius Regidius folgendes aus:

Zunächst ist es Unrecht, die heutige preussische Staatsanwaltschaft in Dausch und Bogon so darzustellen, als bestände sie aus nicht, als servilen Kreaturen des Ministers, aus Glederpuppen, die lediglich von der Berliner Centralstelle Leben und Bewegung erhalten. Anulus Agerius scheint den Dingen, die sich im Justizpalast in Moabit abspielen, ziemlich nahe zu stehen, und die dortigen Verhältnisse scharf genug betrachtet zu haben. Was er dort mißtraulichen Auges gesehen hat oder gesehen zu haben glaubt, hat er zu einem häßlichen Gesamtbilde der preussischen Zustände verallgemeinert. In Wirklichkeit möchte ich behaupten, giebt es in der preussischen Staatsanwaltschaft wenigstens relativ noch ebenso viel Charaktervolle Männer von unabhängiger Gesinnung, wie im preussischen Richteramt. Bedenkliches Strebertum ist hier wie dort vorhanden, und wer dafür beanlagt ist, seinen Willen und seine Heberzeugungen nach der gerade in den Berliner Ministerialbüros vorherrschenden Windrichtung zu steuern, findet dazu als Amtsrichter, Untersuchungsrichter, Strafkammervorsitzender gleichfalls Gelegenheit.

Numerius Regidius, der die Schäden des Richterlums bloßlegt, daß sich qualitativ verringert habe, führt u. a. aus:

Vor allem aber, nur durch jene Verschlebung der geistiger Anverhältnisse wird es erklärlich, wenn heute der ungeregelte und ungezügeltere Verfolgungseifer der preussischen Staatsanwälte auf der Richterbank nicht mehr denjenigen Widerstand findet, den das geltende Prozeßrecht hier ohne weiteres voraussetzen zu können glaubte. Ich erlaube mich noch sehr wohl der Zeit, da uns die sogenannte negative Strafjustiz der preussischen Staatsanwälte, d. h. ihre diskretionäre Befugnis, die Strafverfolgung abzulehnen, Sorgen machte, und über zu wenig Strafverfolgungen geklagt wurde. Daß eine Zeit kommen könne, in der das zu viele Anklagen zur wirklichen oder vermeintlichen Kalamität werden könnte, hätte man sich damals nicht träumen lassen. Zuerst (störsinnige) Anklagen durch Vorbehalt von der Schwelle des Verdictsaals zurückzuweisen, grundsätzliche Anklagen durch Urteil zu vernichten, ist Recht wie Pflicht der Gerichtshöfe. Es möchte sonderbar zugehen, wenn eine selbstbewußte, rücksichtslose Handhabung dieser richterlichen Kontrollrechte auch den heftigsten staatsanwaltschaftlichen Verfolgungseifer nicht sehr bald zur Nation brächte! Ob der Staatsanwalt gelegentlich in einem abnorm zusammengepackten Straffenat eines Oberlandesgerichts eine seinen Funktionen geäußerte Beschwerde einbringt, findet aber nicht, sollte freilich das Letzte sein, woran eine pflanzsam urteilende Strafkammer zu denken Anlaß hätte. Solche halbtoten Eröffnungsbeschlüsse der Oberlandesgerichte, für welche die Verantwortunglichkeit tragen, vermögen ja immerhin die Strafkammer mit der Verhandlung einiger verfehlter Anklagen mehr zu behelligen, als Recht ist. Sie bleiben ohnmächtig, die endgültige Abweisung der Anklage durch Urteilspruch zu verhindern. Thun die Gerichte aber bei alledem nicht, was ihres Amtes ist, dann suche man die Schuld hiervon doch nirgends anders, als bei den Gerichten selbst. Verfehlen die Gerichte ihren heiligen Beruf so sehr, daß, statt die Staatsanwälte zu erziehen, statt ihre Thätigkeit zu zügeln und zu mähtigen, sie ihre Aufgabe lieber in die thörichteste Mißfährigkeit allen staatsanwaltschaftlichen Zumutungen gegenüber setzen, da soll man sich doch nicht wundern, wenn schließlich die Staatsanwälte sich daran gewöhnen, sich selbst als die eigentlich herrschenden Träger der Strafjustiz, die Gerichtshöfe nur zu förmlichen Legalisierung der staatsanwaltschaftlichen Verfügungen berufene Apparate anzusehen!

Welch helles Licht auf das Wesen der modernen Rechtsprechung im deutschen Reiche wirft diese scharfe Charakteristik des hohen Juristen!

Deutsches Reich.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der Schneiber Jakob Dzier in Berlin zu verantworten. Der Angeklagte ist, wie der Vorliegende aus den Akten feststellte, unter dem Sozialistengesetz wegen geheimer Verbindung mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden. Seinem jetzigen sogenannten Vergehen liegt der Anklageschrift zufolge folgender von unglaublicher Thorheit zeugender Vorgang zu Grunde. Er trat eines Abends an den vor der Garde-Füsilier-Kaserne stehenden Wachtposten mit der Frage heran, wo der Kaiser wohl sei. Der Soldat antwortete, daß seines Wissens der Kaiser zur Zeit in Potsdam weile, und nun erklärte der Angeklagte: „Dort muß ich hin“, und verband damit eine mehrerbiolige Bemerkung. Der Soldat glaubte, nicht richtig gehört zu haben, als aber der Angeklagte die Aeußerung wiederholte, schritt er zu dessen Verhaftung. Im Termin äußerte der Angeklagte, von dem Vorfall überhaupt nichts zu wissen und der sozialdemokratischen Partei nicht mehr angehören. Infolge von Nahrungs-sorgen und reichlich genossenem Alkohol sei er an jenem Abend vollständig von Sinnen gewesen. Der Wachtposten hat dies bestritten und den Angeklagten nur für „etwas angetrunken“ erklärt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die

Seuilleton.

Abdruck verboten

Die Entgleisten.

Eine Katastrophe in sieben Tagen nebst einem Vorabend von Ernst von Wolzogen.

Der Direktor faltete hierauf seine Hände über dem Wagen und wollte das Haupt andächtig senken, woran ihn jedoch die Höhe des Kragens verhinderte. Er begnügte sich daher damit, sein spitznackiges Kinn zur Hälfte hinter den scharfen Rand jenes grausamen Wäschestüdes zurück zu ziehen.

Die fünf Schüler erhoben sich gleichzeitig wie auf Befehl, falteten die Hände und setzten mokant fromme Miene an.

Der Kandidat war in um so größerer Verlegenheit, als sich eben ein zweiter Niefer bei ihm vorbereitete und zu der Scheu vor den höhnischen Gesichtern der Schüler noch die vor dem neuen Kollegen hinzukam, der durchaus nicht so ansah, als ob er sich durch irgend welche Komödie ein A für ein U machen ließe. Um der Verlegenheit ein Ende zu machen, stotterte der Kandidat: „Entschuldigen Sie, Herr Direktor, ich pflege am Schluß des Unterrichts kein Gebet zu sprechen. Haßcht!“

Die Schüler lachten, und der Direktor sagte ernsthaft: „Zum Wohlsein! Ich sehe, Sie haben sich erkältet, Herr Licentiat. Gleichwohl möchte ich Sie bitten, noch einen Augenblick zu verweilen. Denn ich möchte gern gelegentlich der Einführung unseres neuen Herrn Kollegen sämt-

liche Mitglieder meines Institutes um mich versammelt sehen. Ach, lieber von der Lisse,“ winkte er einem der Schüler, einem hübschen Burschen von etwa sechzehn Jahren zu, „bitte, gehen Sie doch mal hinauf und schauen Sie zu, ob der Herr Gouverneur sich noch nicht erhoben hat. Ich liebe ihn bitten, möglichst sogleich auf einen Augenblick herunter zu kommen.“

„Sehr gern, Herr Direktor,“ versetzte von der Lisse und lief hinaus, während die übrigen Schüler wieder Platz nahmen und heimlich untereinander zu flüstern begannen.

Der Direktor bot dem Doktor Huhn einen Stuhl an und bat ihn, die kleine Verzögerung zu entschuldigen. „Herr Lieutenant von Britzler wird jedenfalls gleich erscheinen; ich habe ihn bereits zweimal durch den Impizienten wecken lassen.“ Dann ging er einige Male mit den Händen auf dem Rücken zwischen Thür und Fenster auf und ab und blieb endlich vor dem Kandidaten stehen, indem er ihn mit der Frage überraschte, wie weit er in seinem Pensum vorgeschritten sei.

„Wir sind bei der Confessio Augustana stehen geblieben und worin sie sich von dem Symbolum Nicaeanum und Athanasianum unterscheidet,“ antwortete der Kandidat, dem man übrigens den Bauernsohn und den reichlichen Biergenuß auf hundert Schritt Entfernung ansah, mit kläglich gedrücktem Ton.

„Ah, so, so,“ schmunzelte der Mittmeister beifällig. Dann blieb er stehen, blickte mit hoch erhobenen Kopf nachdenklich zum Fenster hinaus und murmelte vor sich hin: „Ja, ja, ja, diese Symbole! Höchst interessant!“ Er machte eine halbe Wendung auf den Haken, nahm einen der Schüler aufs Korn, einen jungen Mann von etlichen zwanzig Jahren, der sich bereits eines starken schwarzen Schnurr-

bartes erfreute, ging dann rasch auf ihn zu und redete ihn an: „Nicht wahr, Szwantowsky, sehr interessant?“

„Jawohl, Herr Direktor!“ stieß der Angeredete mit unverkennbar polnischer Aussprache hervor, wurde dunkelrot im Gesicht und drehte vor Verlegenheit seinen fohlenschwarzen Schnauzbart.

„Nun sagen Sie mal,“ fuhr der Direktor fort, „was ist denn das eigentlich, die Confessio Augustana?“

Szwantowsky öffnete den Mund, zog die Augenbrauen in die Höhe und starrte rat- und hilflos seine Nachbarn zur Rechten und zur Linken an.

„Entschuldigen Sie, Herr Direktor,“ mischte sich Kandidat Stöhr ganz schüchtern ein: „Szwantowsky ist katholisch. Er hospitiert bloß manchmal bei mir und beschäftigt sich meist mit anderen Arbeiten.“

„Ach, so, Sie sind katholisch.“

„Jawohl, Herr Direktor, bin ich katholisch, brauch' ich nicht wissen,“ rief Szwantowsky mit strahlendem Lächeln, schaute sich nach rechts und links triumphierend um und zeigte dabei seine prachtvollen weißen Zähne.

„Ja, aber,“ beharrte der Mittmeister, „als Katholik mühten Sie doch erst recht die Bekenntnisse des heiligen Augustinus kennen!“

Lehrer wie Schüler sahen sich untereinander verblüfft an. Es war ein Glück, daß Kasimir Breidenbauch nicht hinter sich sah. Sonst hätte er ein ganz verwünschtes Lächeln auf dem Antlitz seines neuen Professors bemerkt und wohl kaum den Mut gefunden, seinem Ausruf noch etwas beizufügen. Aber das that er jetzt ganz harmlos, indem er mit pyffsigem Augenzwinkern Herrn Szwantowsky vertraulich zurannte:

„Uebrigens doch ein sehr amüsantes Buch! Sie kennen doch die Parodie von Wilhelm Busch?“ (Fortsetzung folgt.)

Dreistigkeit, mit welcher der Angeklagte gerade einem Soldaten gegenüber jene Majestätsbeleidigung ausgeübt, neun Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte nach dem Urtheile, lehnte aber die weiterhin beantragte sofortige Verhaftung des Bedauernswerten, der eine Frau und vier Kinder zu versorgen hat, ab.

Die Manier, überall Majestätsbeleidigung zu wittern, hätte beinahe in Dresden wieder ein Opfer gefordert. Der Arbeiter Saalfrauk sah in einer Aneide mit einer Anzahl Leute zusammen, als die Rede auf den Prozeß Viehnecht kam. Dabei mag sich der Mann etwas ungeschickt ausgedrückt haben und nun fand sich schleunigst ein Denunziant in der Person des Barbiers und Werausgebers Fing. Saalfrauk wurde verhaftet, am andern Tage aber sofort nach dem richterlichen Verhör wieder entlassen. Jetzt ist nun unter dem 28. Dezember das Verfahren gegen ihn eingestellt worden.

Die Artikel: Die Verfolgung Hammersteins und: Der Prozeß Wehlan siehe in der Beilage.

Berlin, 8. Januar. Der Tanz beginnt. Die Vorlage über die anderweitige Organisation der vierten Bataillon soll nach der Schlef. Stg. so zeitig an den Reichstag gelangen, daß deren Beratung in der Budgetkommission noch im Laufe des Monats Februar erfolgen kann. Steuerzahler, hütet Euch!

Unter Leitung des Dr. Starke, vortragenden Rats im Justizministerium und des Dr. Krohne, vortragenden Rats im Ministerium des Innern, wird, so meldet die Berliner Korrespondenz, augenblicklich in Berlin für eine beschränkte Zahl von Beamten der Justiz- und inneren Verwaltung, die in Gefängnisachen beschäftigt sind, ein Lehrkurs über Gefängniswesen abgehalten. Der Lehrkurs dauert vom 3. bis 17. Jan. 1896 und besteht in wissenschaftlichen Vorträgen und praktischer Unterweisung. Die Zahl der Teilnehmer beträgt 10. Für die praktische Unterweisung werden sie in zwei Gruppen zu 5 geteilt, die sich abwechselnd in der Strafanstalt Moabit und dem Gefängnisse zu Köpenick morgens von 9 bis 1 Uhr beschäftigen. Die wissenschaftlichen Vorträge werden für beide Gruppen gemeinsam gehalten, daran schließen sich freie Besprechungen des Gehörten und Gesehenen. Außerdem ist die Besichtigung des Untersuchungsgefängnisses, der Stadtvoigtei, des Polizeigeftängnisses, des Korrektionshauses und der Zwangs-erziehungsanstalt zu Rummelsburg sowie der Erziehungsanstalt am Urban in Aussicht genommen. Ein Kursus über kulturgemäße Behandlung politischer Gefangener wäre sehr nützlich.

Der „sparsame“ Eisenbahnminister Preussens, Herr Thielen, läßt erklären: „In der Presse wird behauptet, die Weihnachtsgeschenke für die Eisenbahnbeamten der äußeren Dienststellen seien in diesem Jahre gegenüber den Vorjahren aus Sparsamkeitsrücksichten in außerordentlich geringer Zahl zur Verteilung gelangt. Diese Behauptung ist unzutreffend. Die Verwaltung ist weit davon entfernt, auf Ersparnisse bei diesen Mitteln Bedacht zu nehmen. Vielmehr ist im laufenden Rechnungsjahre für Remunerationen und Unterstützungen an Beamte derselbe namhafte Betrag, rund 2603000 Mk., wie im vorigen, in den Staatshaushaltsetat eingestellt worden.“

Am Freitag tritt die Budgetkommission des Reichstages zu ihrer ersten Sitzung zusammen, und zwar nimmt sie ihre Beratungen in diesem Jahre mit dem Etat des auswärtigen Amtes und der Schutzgebiete auf. Die Krisen in Orient und in Afrika drängen zu einer parlamentarischen Erörterung.

Eine furchtbare Entdeckung giebt die Kreuzzeitung kund. Ein gewisser Dr. Heinrich, Direktor der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Rastatt, hat russisches und rumänisches Getreide auf Bakterien untersucht. „In einem Behälter Wramm aus Rußland eingeführtes Winterroggen waren enthalten: 635800 Bakterien, von denen 11600 Bakterien die Nährgelatine verflüssigten, und 300 Pilze.“ Schrecklich! Nur daß niemand bis jetzt von diesem giftigen Viehzug beim Genuß russischen Getreides etwas verspürt hat. Mit welchen Mitteln die Agrarier dem Volke die Handelsverträge und das billige Brot berechnen wollen! Wie steht es mit Bakterien beim deutschen Getreide? Humbug ist Trumpf.

In Friedrichshagen scheint der Sozialistenkoller fürchtbar zu wüten. Schwarze Listen der Sozialdemokratie empfehlen die Hamb. Nachr. aufzustellen für jede Gemeinde in authentischer Weise. Die Sache sei nicht so schwierig, wie sie ansehe, wenn in den Listen über die Sozialdemokraten einzuweisen nur alle diejenigen eingetragen würden, die sich selbst als Abgeordnete, Redaktoren, Wahlredner etc., zur Sozialdemokratie bekennen; die Vervollständigung werde sich ja allmählich finden. Wer zweifellos der sozialdemokratischen Partei und ihren Bestrebungen angehört, der solle weder Wähler noch wählbar sein. „Wir glauben auch nicht, daß ihm die Beahrung der Sicherheiten und Bequemlichkeiten des von ihm angefochtenen und verurteilten Staates in gleichem Maße wie seinen übrigen Mitbürgern zustehe.“ Die alte Bismarck- und Stummel-leiter! Doch das Register hat ein Loch. Dann lasse man die Sozialdemokraten auch steuers- und militärfrei!

Die Konservative Korrespondenz erklärt, die Nachricht von der Ergreifung Hammersteins habe in den maßgebenden konservativen Kreisen lebhaftes Gemüthung hervorgerufen. Es sei die selbstverständliche Pflicht der Staatsbehörden gewesen, alles aufzubieten, um des furchtbaren Verfolgers habhaft zu werden. Die Ergreifung werde von den Konservativen als ein klärendes und deshalb günstiges Ereignis betrachtet. „Mit größter Ruhe und dem sicheren Gefühl“, den Fall Hammerstein endlich der böswilligen Ausbeutung einer „gewissen Presse“ entrückt zu sehen, erwarteten sie den Verlauf der Dinge. Welche Fuchspredigt, wenn man sich erinnert, wie die Junkerclique alles gethan, um den Edeln zu halten, und als er fiel, ihn der Justiz zu entziehen. Und dabei die nagende Angst vor den „Poppykern“! In Hofblättern liest man: „Als dem Kaiser seiner Zeit von einem Verwandten des ehemaligen Chefredakteurs der Kreuzzeitung, einem hohen Beamten, die ersten Angaben über die verbrecherischen Handlungen Hammersteins gemacht wurden, soll er kopfschüttelnd geantwortet haben: „Ich habe dem Mann nie getraut, aber das habe ich freilich nicht erwartet.“ In der That sei Hammerstein dem Kaiser nur eine unsympathische Persönlichkeit gewesen; der Kaiser habe dies auch verschiedentlich offen geäußert. Als nach der Furcht Hammersteins dessen Verurteilungen und Fällungen in ganzer Reihe bekannt wurden, sei der Kaiser sehr zornig geworden und habe auf der Stelle die strengste Verfolgung des Schuldigen anbefohlen.“

Die polnische Reichstagsfraktion ist aufgefordert worden, gegen die Zuckersteuer zu stimmen. Abg. v. Czarlinski dankte voransin dem volklichen landwirtschaftlichen Central-

verein für die der Fraktion gegebene Information, er versprach, daß dieselbe stets das Wohl der Gesamtheit im Auge behalten und wahrscheinlich das Projekt einstimmig ablehnen werde. Ostlebens Zuckerindustrie wird durch die neue Vorlage gefährdet.

Wegen des militärischen Exzesses in München wird offiziell mitgeteilt, daß nunmehr aus Grund der Vorerhebungen über das Vorkommnis die Einleitung des strafrechtlichen Verfahrens gegen den wachhabenden Offizier der Hauptwache und gegen den Sergeanten Joseph Bsch angeordnet worden ist. Sergeant Bsch erhielt, weil er den Vorfall bei dem Bataillon nicht gemeldet hat, fünf Tage Mittelarrest.

Die fünf Münchener liberalen Abgeordneten haben über den Handel eine Interpellation im Landtag eingebracht.

In Kiel hat sich der Kohlenlieferant Janßen, der wegen betrügerischer Handlungen bei Kohlenlieferungen für den Nordostseekanal verhaftet worden war, im Gefängnis erhängt.

Zu schlesischen Blättern veröffentlicht der Centrumsabgeordnete Szmulda folgende vom 4. d. M. datierte Aufschrift: „Ich habe im Herbst 1893 wegen Verleumdungen gegen mich gerichteter unqualifizierbarer Zeitungsartikel die ehrengerichtliche Untersuchung gegen mich beantragt und ist nach Feststellung des Thatbestandes und gerichtlicher Beurteilung eines Zeitungskorrespondenten mir seitens des Ehrenrates mitgeteilt worden, daß keine Veranlassung zu einer ehrengerichtlichen Untersuchung gegen mich vorläge.“

Ein Schweigeverbot hat die kaiserliche Kanalkommission ihren Angestellten gegenüber erlassen. Danach sollen Mitteilungen irgend welcher Art über Vorgänge am Kanal an Civilpersonen, besonders aber an Vertreter der Presse mit sofortiger Entlassung bestraft werden. Schade nur, daß der Nordostseekanal nicht unter Glas gestellt werden kann, denn nach wie vor wird sich genug Gelegenheit bieten, die dunklen Stellen dem Licht der Deffenlichkeit preiszugeben.

Neumarkt i. Schl., 7. Januar. Der Bürgermeister Duehl, der einstimmig für die zweite Amtsperiode gewählt wurde, ist von der Regierung nicht bestätigt worden.

Frankfurt a. M., 7. Januar. Eine Niederlage hat sich der Magistrat von Frankfurt a. M. im Kampfe gegen den Umsturz zugezogen. Auf Anregung der Regierung in Wiesbaden hatte er den Beschluß gefaßt, dem Arbeiterturnverein die bisher gewährte Benutzung der Halle einer städtischen Schule zu entziehen. Dieser Beschluß erfuhr in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine scharfe Kritik. Von freisinnigen und demokratischen Rednern wurde angedeutet, daß das Vorgehen des Magistrats um so bedauerlicher sei, als er sich dabei als willkürlicher Vollstrecker einer von der Regierung in Wiesbaden ausgehenden Anregung gezeigt habe. Die Verteidigung der Maßregel durch den Oberbürgermeister Dr. Vidies konnte nicht verhindern, daß eine überwältigende Mehrheit der Stadtväter einen Beschluß faßte, der dem Magistrat das tiefste Bedauern über sein Vorgehen ausdrückt und zugleich der Erwartung Ausdruck giebt, der Magistrat werde seinen Beschluß zurücknehmen. Daß dies geschieht, erscheint um so weniger ausgeschlossen, da der Magistrat in der Frage keineswegs einig war.

K. Neustadt a. S., 7. Januar. Die nationalliberalen Stadtväter hegen seit längerer Zeit die Absicht, zwecks Erhöhung der städtischen Einnahmen das Oktroi, die städtische Verbrauchssteuer, einzuführen. Dagegen richteten die Sozialdemokraten und die freisinnige Volkspartei einen Protest, der sehr bald an 1500 Unterschriften selbständiger Bewohner trug. Das hatte zur Folge, daß in der gestrigen Stadtratssitzung die Einführung des Oktrois gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde. Nun will man versuchen, durch Erhöhung der Hundesteuer die erhoffte Mehreinnahme zum Teil zu erreichen.

Oesterreich-Ungarn. Ein rentables Geschäftchen.

Wien, 7. Januar. Die Verstaatlichung der Nordwestbahn und ihrer Nebenlinien ist abgemacht und fertig, soweit die Aktiengesellschaften und die Regierung in Betracht kommen: man darf aber billig daran zweifeln, ob sich eine Parlamentsmehrheit finden wird, die diesen ungeheuerlichen Geschäfte ihre Zustimmung zu geben wagt. Das Ministerium der „Berechtigten“ plant nämlich, an die Aktionäre der zu verstaatlichenden Bahnen eine jährliche Rente zu zahlen, die um beinahe eine halbe Million höher ist, als ihnen gebührt, was bedeutet, daß die armen Schlingel des Bahnbauwesens Herrn v. Tauffig vom Staate ein Prämium im ungefähren Kapitalwert von zwölf Millionen Gulden empfangen sollen.

Schweiz.

Vom Prinzenraub.

Bern, 7. Januar. Staatsrat Monnier, Chef des Justiz- und Polizeidepartements des Kantons Neuenburg, hat heute dem Bundespräsidenten Lachenal über die Entführung des Prinzen König Wenckels nach Italien Bericht erstattet. Der Prinz und seine Begleiter hätten Neuenburg „freiwillig verlassen“; ob und wie fremde Einflüsse sie zur Heimreise über Italien veranlaßt haben, sei vorläufig nicht festzustellen. Sehr diplomatisch!

Frankreich.

Eine Erhebung auf Madagaskar. — Zur Flucht Vitrac-Desroziers. — Eine sozialistische Konferenz. — Zur Transvaal-Krise. — Die Carmauzer Genossenschaft und Roffoguer. — Ein neuer Preßskandal.

Paris, 5. Januar. Aus Madagaskar kommen nun eingehende Meldungen über eine vor anderthalb Monaten erfolgte Erhebung der Eingeborenen, von der bisher nur die Ermordung eines englischen Missionärs samt seiner Familie bekannt war. Es handelte sich in diesem Falle nicht, wie die amtlichen Depeschen gemeldet haben, um „Mäuerbanden“, sondern um einen Aufstand gegen die französischen Eroberer und die Masakas (Weißen) überhaupt. Die Aufständischen, mehrere Tausend an der Zahl, setzten sich vom Westen aus gegen die Hauptstadt Tananarivo in Bewegung, unterwegs die friedlichen Einwohner, die sich ihnen nicht anschließen wollten, als Anhänger der Masakas hinmordend und ausplündernd. Dem Zuge wurde ein altbekanntes Götzengbild vorangetragen, nebst einer Stirnbinde voll Weihwasser, mit dem die Aufständischen zum Schwur vor den feindlichen Augen besprengt wurden. Die Bewegung richtete sich also zugleich auch gegen das von den Weißen importierte Christentum. Die von den Götzengöttern („Zauberern“) fanatisierten Rebellen griffen, ungeachtet ihrer primitiven Bewaffnung, die wider sie ausgesandten französischen

Truppen ungestüm an. Sie verloren dabei an Toten und Verwundeten an die 300 Mann. Von den Kleinkalibrigen Gewehren zum Rückzug gezwungen, schlugen sie die Richtung nach dem Süden ein. Darauf streiften die Soldaten die Gegend des Aufstandes durch, ihrerseits die Dörfer der Rebellen einäschend. . . . Weiter wird gemeldet, daß die Boten, die nach dem Freiebensschluß die Proklamation der Königin MW der Aufforderung zur Unterwerfung unter die französische Herrschaft überbrachten, vielfach getödet wurden. So sieht es mit der nach den Depeschen des Generals Duchesne stets fort „zufriedenstellenden“ Situation aus.

Nach dem vielen gewollten und nichtgewollten Bsch, das Justiz und Polizei in den verschiedenen politisch-finanziellen Skandalaffären gehabt hatte, war es zu erwarten, daß auch die Untersuchung in Sachen der falschen Liste der 104 von Absonderlichkeiten nicht frei sein wird. Man fragt sich vergebens, warum Untersuchungsrichter und Polizei den ehemaligen Geheimagenten Vitrac-Desroziers, den Vertreter der Liste, haben entlassen lassen, ohne ihn mit einem Verhör beeheligt zu haben. Verhört konnte man ihn zwar nicht, indem die ursprüngliche Anklage auf Fälschung und Benützung einer Fälschung durch die, die Untersuchungsrichter ausschließende Anklage auf Verleumdung ersetzt wurde. Aber der Untersuchungsrichter konnte noch immer den Urheber des Skandals vermittelst der Zwangsvorführung ins Gebeiß nehmen. Umsonst, als Vitrac-Desroziers in Paris eine notorische Thatsache war. . . . Abg. Hubbard (Madtkater) wird die Regierung über die Angelegenheit interpellieren.

In Reims fand eine sozialistische Konferenz statt, auf der beschlossen wurde, ein lokales Parteiblatt zu gründen.

Die Gratulationsdepesche des Kaisers an den Präsidenten vom Transvaal wird hier allgemein gebilligt, was sich natürlich aus der Gemeinsamkeit der Interessen Frankreichs und Deutschlands in der Transvaalfrage erklärt. Einige Preßstimmen bedauern, daß die französische Regierung jener Depesche nicht zuvorgekommen ist. In den direkt interessierten kapitalistischen Kreisen erwartet man von der Regierung energisches Schutzes der Interessen der Verwaltung des Transvaaler Goldfelder. So hat der Vorsitzende des Verwaltungsrates der französischen Bank für Südafrika dem Minister des Auswärtigen dahngehende Vorstellungen gemacht. Der Minister versicherte ihm, er werde sorgfältig die wichtigen, in diesem Lande engagierten französischen Interessen schützen. Im letzten Ministerrat bildete denn auch die Krise im Transvaal den Hauptgegenstand der Beratungen.

Ein unerwartetes Hindernis stellt sich der Carmauzer Glaswerkgenossenschaft entgegen in Gestalt der zwischen der Steinkohlengesellschaft von Carmauz und Roffoguer geschlossenen Vereinbarung, wonach erstere verpflichtet ist, jedem anderen im Bereiche der vier umliegenden Departements bestehenden oder zu gründenden Glaswerk höhere Kohlenpreise zu berechnen, als dem Glaswerk von Roffoguer. Auf diese Vereinbarung, die übrigens seit der Gründung des Roffoguerischen Glaswerks datiert, berief sich die Kohlegesellschaft in ihrer Antwort an den mit den Vorbereitungsarbeiten zur Gründung der Genossenschaft betrauten Ingenieur. Die sozialistischen Abgeordneten Jaurès und Millerand benachrichtigten nun den Minister der öffentlichen Arbeiten, zu dessen Ressort die konzessionierten Bergwerke, Steingruben etc. gehören, daß sie ihn beim Wiederzusammentritt des Parlaments anfragen werden, welche Maßnahmen er zu treffen gedente, um dem Bergwerks-gesetz von 1810 Achtung zu verschaffen.

Der Fall Lebandy wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Während der bezüglichen Kammerdebatte erklärte der Kriegsminister, die Behörden wären einem Erpressungsversuch eines Preßorgans gegenüber dem Millionär Lebandy auf die Spur gekommen. Die Sache ist nun bereits so weit gediehen, daß eine Untersuchung eingeleitet werden konnte. Der Erpressungsversuch bestand darin, daß das (bisher unbekannt) Revolverblatt von Lebandy 125000 Franken (100000 Mark) forderte unter Androhung einer Preßkampagne gegen die von ihm nachgesuchte Dienstentlassung oder auch nur Versetzung in ein anderes Regiment. Andererseits hat Lalou, der ehrenwerte Herausgeber der France, sich zu Gunsten Lebанды bei den Militärbehörden verwendet, nachdem das erwähnte Blatt seine Drohung wahr gemacht hatte. Ob Lalou wohl aus reiner Menschlichkeit gehandelt hat? Ferner wird die Heranziehung weiterer mehr oder minder journalistischer Persönlichkeiten in die Erpressungsaffäre angekludigt.

Lalou, 7. Januar. Der Deputierte Debille hat Selbstmord verübt. Der Beweggrund zur That liegt angeblich in Familienverhältnissen. Nach einer anderen Lesart soll er das Opfer einer Erpressung sein.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Januar. Bei der heutigen Wahl von acht Mitgliedern der Kommunalvertretung von Frederiksberg, einer Vorstadt Kopenhagens, siegte die radikal-sozialdemokratische Liste mit 2100 gegen 1750 Stimmen. Die Partei erlangt hierdurch die Mehrheit in der Kommunalvertretung, die bisher rein konservativ war.

Italien.

Ersatzwahl in Imola.

Mailand, 5. Januar. In einer zahlreich besuchten Versammlung in Imola wurde der Genosse Babaloni einstimmig zum Kandidaten ausgerufen. Babaloni unterlag im Mai in Badia Polesine mit wenig Stimmen dem Gegner. Die Wahl ist angefallen; da aber die Crispianalei gewiß einen General einem Sozialisten vorzieht und bei einer eventuellen Nachwahl in Badia, das das größte Auswandererkontingent liefert, die Aussichten für einen Sieg der Sozialisten nicht besser geworden sind, erachteten es die Genossen in Ivrea als ihre Pflicht, den Mann, der die Interessen des Proletariats schon energisch im Parlament vertrat, wieder an seinen Posten zu stellen. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse wird Turati die Kandidatur abgelehnt haben.

Aus der südafrikanischen Republik.

Das britische Kolonialamt veröffentlicht ein Telegramm des Gouverneurs von Kapland, wonach die Beamten der südafrikanischen Gesellschaft in Bulawayo, von Salisbury aufgeführt worden sind, sämtliche Waffen und Munition an den dortigen entsandten britischen Beamten anzuliefern.

Hierzu eine Beilage.

Der Prozeß Wehlan

Ist gestern zu Ende gegangen. Ein ausführlicher Bericht über die sehr lehrreiche Verhandlung folgt morgen.

Das Urteil lautet auf schuldig des Dienstvergehens. Wehlan wurde zur Vergebung in ein anderes Amt mit gleichem Range, ferner zu 500 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Der Vertreter der Anklage hatte Dienstentlassung beantragt.

Dieses Urteil wirkt gerade so erstaunlich wie das erste Urteil im Prozesse Leist. Ein Schurke wie Wehlan soll mit einer solchen „Strafe“ davonkommen, obwohl er sich eine Reihe der furchtbarsten Verbrechen hat zu Schulden kommen lassen.

Das Rechtsbewußtsein des Volkes wird durch solche Entscheidungen auf das tiefste verletzt. Gewiß, der Disciplinargerichtshof hat nur über das Disciplinäre abzuurteilen.

Ist das aber eine genügende Sühne, daß man einen Schänder, Schänder und Mörder im Amte läßt, ihm eine Vagantelbusse ansetzt und dadurch die Nachahmer der Wehlan und Leist zu neuen Taten anstachelt?

Um solche „Strafen“ schert sich doch kein „schneidiger“ Afrikaner.

Werden nun die „korrekten“ Bureaukraten des Reichsdienstes mit solch einem verkleumten Subjekt zusammen thätig sein??? Wo bleibt da der „Corpsgeist“, wo die „Standesehre“?

Wenn hier nicht Vernunft eingelegt wird, so privilegiert man das Verbrechen.

Dies Urteil ist ein neuer schwerer Schlag für die deutsche Judikatur.

Und wo ist der Staatsanwalt, der nach diesen Feststellungen den Wehlan zur Verantwortung zieht?

Die Verfolgung Hammersteins.

Ueber die gerichtliche Verfolgung des Herrn v. Hammerstein hat der damit betraute Erste Staatsanwalt Drescher vom Landgericht I Berlin vor der Strafkammer in Hannover als Zeuge in einem Verleumdungsprozeß gegen unseren Genossen Raach vom Volkswillen eine ausführliche altentwähliche Auskunft gegeben. Das Gericht hat, wie bereits mitgeteilt, Gen. Raach wegen Verleumdung der Berliner Staatsanwaltschaft zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Aussagen des Staatsanwalts Drescher sind in zweifacher Beziehung von hohem Interesse. Einmal in Bezug auf die Verbrechen und Vergehen Hammersteins, sodann in Bezug auf die gerichtliche Verfolgung selbst. Es ist durch die Aussagen des Staatsanwalts im wesentlichen klar gestellt, in welcher Weise sich Hammerstein bei den Papierlieferungen für die Kreuzzeitung des Betrugs, der Wechselfälschung und der Fälschung öffentlicher Urkunden schuldig gemacht hat. Nicht Auskunft ist gegeben über die Ermittlungen in betreff Verwendung des Pensionsfonds, des Stöckerfonds und die Vergehen gegen das Leben (Abtreibung) in Verbindung mit Flora Waß. Es erklärt sich dies daraus, daß die ersten Vernehmungen der Behörden bis zu dem Erlaß des Haftbefehles sich nur auf die an jene Papierlieferungen anknüpfenden Vorgänge bezogen, und Staatsanwalt Drescher wesentlich nur die Aufgabe hatte, klar zu stellen, daß der Staatsanwaltschaft bis zum Erlaß des Haftbefehles irgend eine Saumseligkeit nicht zum Vorwurf gemacht werden kann.

In Bezug auf die gerichtliche Verfolgung Hammersteins wollen wir vorläufig nicht erörtern, inwieweit es nach den Aussagen Dreschers gerechtfertigt erscheint, nicht vor der Suspension Hammersteins von der Redaktion der Kreuzzeitung Anfang Juli auf Grund von bloßen Zeitungsnachrichten strafrechtlich einzuschreiten. Die Sozialdemokratie weiß, wie rasch der öffentliche Anklager bei Preß- und politischen Vergehen einschreiten kann! Was sodann die Zeit zwischen der ersten Verurteilung der Staatsanwaltschaft vom 17. Juli und dem Erlaß des Haftbefehles am 18. September betrifft, so ergibt sich aus den Erklärungen des Staatsanwalts, daß deren Vorgehen in dieser Zeit „gehemmt“ wurde durch den passiven Widerstand, den die Mitglieder des Komitees der Kreuzzeitung, Vice-Öberconventionmeister und Vortragender Rat im Handelsministerium, Graf Ranig, und Graf Finkenstein dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft entgegen

stellten. Graf Ranig, der sich mit allen möglichen Entschuldigungen um die Vernehmung zu drücken suchte, war für die gerichtlichen Vernehmungen lange Zeit nicht zu haben. Mehrere Termine mußten ausfallen. Derselbe Graf Ranig hatte in der Kreuzzeitung vorher erklärt, daß eine Schädigung des Blattes nicht vorliege, und damit auch die frühere Verfolgung der Staatsanwaltschaft gehemmt. Dem Grafen Finkenstein mißt Staatsanwalt Drescher direkt die Schuld bei, daß Hammerstein von Sistrans um Ende Juli entkommen konnte.

Erster Staatsanwalt Drescher sagte aus:

Ich bin der Ansicht, daß der Umstand, daß es Herrn von Hammerstein gelang ist, rechtzeitig zu entkommen, im wesentlichen auf die bedauerliche Thatsache zurückzuführen ist, daß Herr Graf v. Finkenstein nach der gerichtlichen Vernehmung am 25. Juli, in der er von den Umständen nichts sagte, und vor seiner Anzeige vom 1. August sich inzwischen mit Herrn v. Hammerstein telegraphisch in Verbindung gesetzt hat. Ich nehme an, daß von diesem Tage an Hammerstein sich wohl naturgemäß verdeckt gehalten hat, weil wegen der Wechselfälschungen, die uns damals noch unbekannt waren, ihm mitgeteilt war, daß dieselben am 27. Juli zur Anzeige gelangen würden.

Ist Graf Finkenstein, der Obelste, als Reuge auch vereidigt worden? Die Eidesformel verpflichtete ihn auch, „nichts zu verschweigen“. Gerade das für die Beurteilung der Frage wesentliche aber hat Graf Finkenstein am 25. Juli verschwiegen. Nach § 154 wird ein wissenschaftlicher Fälscher eines Zeugen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft. Absichtliches Verschweigen von Thatsachen oder Umständen ist strafbar, wenn der Vernommene danach befragt oder sich der Möglichkeit bewußt war, daß der Umstand für erheblich angesehen werden könne. Die „Heiligkeit“ des Eides ist doch das Stückenpferd konservativer Eitelkeit!!!

Werden nun gegen die Komiteemitglieder auch die nötigen Schritte gethan werden?

Eine eigenartige Rolle haben auch die Herren von dem Kreuzzeitungskomitee gespielt dadurch, daß sie in der Kreuzzeitung im September pathetisch erklärten, der Staatsanwaltschaft die Unterlagen zur strafrechtlichen Verfolgung Hammersteins mitgeteilt zu haben, während sich thatsächlich diese Mitteilungen auf das ganz unzureichende und unverständliche Schriftstück des Grafen Finkenstein vom 1. August beschränkten. In greller Verleumdung erscheint auch der Berliner Papierlieferant Kaufmann Flinsch. Nicht aufgeklärt ist, wie ein „solcher Kaufmann“ überhaupt einen derartigen Vertrag abschließen kann, der mit Neben Umständen verknüpft ist, die das wirkliche Sachverhältnis verschleiern. Als dann am 21. Juli Herr Flinsch Kenntnis erhalten hatte von den gefälschten Unterschriften des Vertrags, läßt er es dahingestellt, wie und wann die Staatsanwaltschaft davon Kenntnis erhält. Er selbst geht ruhig nach Syll, unterläßt es, die gefälschten Dokumente den Behörden mitzuteilen, ja noch mehr, er wendet sich an den Fälscher Hammerstein, um ihn zu einem neuen Zeitungsunternehmen mit ihm zu veranlassen. Und doch war Hammerstein nunmehr der einzige aus dem Papiervertrag noch ihm gegenüber Verpflichtete. Für Flinsch standen also große Verluste in Frage. Hatte auch Herr Flinsch Ursache, die Veröffentlichung zu scheuen? Bei dem Papiervertrag betrug aber Hammerstein nicht bloß Flinsch, sondern auch das Geschäft der Kreuzzeitung. Mühte nicht das letztere Herrn Flinsch klar werden angesichts des Umstandes, daß ein Papierpreis von 40 Pfg. ausbedungen wurde, während in dieser Zeit die Papierpreise durchweg nur um 25 Pfg. herum betragen? Es ist richtig, daß die Staatsanwaltschaft gegenüber diesem Verhalten der drei Personen, auf die es zunächst bei der Zeugnisablegung ankam, mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte in der Verfolgung Hammersteins.

Aber warum, so fragt die Freisinnige Zeitung, hat die Staatsanwaltschaft nicht durch andere Personen in der Zeit zwischen Juli und September das Nötige feststellen können für den Erlaß eines Haftbefehles? In schwerfälliger Weise werden erst durch Vermittelung des Polizeipräsidenten, wobei mehrere Tage verloren gehen, die Namen des Komitees festgestellt. Wäre es nicht angezeigt gewesen, besondere Polizeibeamte zu beauftragen, in Berlin und auch bei der Frankfurter Kleinen Presse ohne förmliche Vernehmungen informativ die Hauptfache festzustellen? Uns ist die desfallsige Praxis in der strafrechtlichen Verfolgung nicht näher bekannt. Aber es liegt auf der Hand, daß die förmlichen gerichtlichen Termine erst

nach großem Zeitaufwand jene Klarstellung herbeiführen können, die durch formlose polizeiliche Ermittlungen sehr viel leichter erreicht werden kann. Ist es auch richtig, so muß man fragen, daß in einer solchen cause cobdros innerhalb der Staatsanwaltschaft die verfolgenden Deponenten infolge eines Urlaubs wechseln, wenn es darauf ankommt, in kürzester Frist die Unterlagen für eine strafrechtliche Verfolgung zu beschaffen? Auch der anklagende Staatsanwalt in Hannover ließ nach den Zeugenerhebungen die Frage offen, ob im Laufe der Justizferien von irgend einem Vertreter des Oberstaatsanwalts in der Sache etwas geögert worden ist. Nach allen diesen Nichtungen werfen die Aussagen des Ersten Staatsanwalts Drescher in Hannover noch Fragen auf, die erst durch die Strafverhandlung gegen Hammerstein selbst ihre volle Beantwortung finden können.

Seine Hände hat in der Hammersteingeschichte auch der biedere Rechtsanwält Eschenbach, der bekannte konservative Apostel der Börse reform, der über die Börse senkt, nachdem er selbst fleißig spekuliert und dann den Einwand des Differenzspiels erhoben hat, um nicht seinen Verlust zahlen zu müssen. Von ihm erzählt Drescher: „Rechtsanwalt Eschenbach, der mich darauf als Vertreter des Kreuzzeitungskomitees persönlich aufsuchte, hob darauf die große politische Bedeutung des Herrn v. Hammerstein hervor. Im habe ihm gesagt, diese werde mich niemals abhalten, meine Pflicht und Schuldigkeit zu thun.“

So steht es um die Vorkämpfer von Thron, Altar, Ordnung, Ehe, Eigentum, Religion und Sitte. Die Maske ist ihnen abgerissen, die Hammersteinerlei liegt in häßlicher Nacktheit vor uns, ein Erzeugnis der feudal-kapitalistischen Mißwirtschaft. So sehen die aus, die über die Vaterlandlosen „Umstürzler“ sich entrüsten, Junker, „hohe“ Herren, Grafen, Freiherren und Konjorten. Eine feine Gesellschaft!

Aus der Partei.

An die Parteigenossen!

Der geschäftsführende Ausschuss hat sich durch die Genossen A. Gerich und W. Pfannkuch ergängt.

Das Bureau des Ausschusses befindet sich von heute ab: Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, 1 Et.

Im Interesse einer prompten und raschen Erledigung der Parteigeschäfte ersuchen wir die Genossen, nimmere alle Sendungen und Aufschriften in Bezug auf die Agitation, die Wahlen sowie in Preß-, Prozeß- und Unterstützungs-Angelegenheiten an die Adresse des Genossen

W. Pfannkuch, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, I.; alle Geldsendungen dagegen an die Adresse des Genossen A. Gerich, Hamburg-Eimsbüttel, Eichenstr. 4, I., zu senden.

Des weiteren richten wir an die Vertrauenspersonen sowie die Redaktionen der Parteipresse das dringende Ersuchen, von allen im Monat Dezember in ihrem Wirkungsbereich bzw. Verbreitungsgebiete vorgekommenen Verurteilungen von Genossen Mitteilung an unser Bureau gelangen zu lassen.

Die Mitteilung muß enthalten: Titel des ererkennenden Gerichts, Namen des Verurteilten, Straftat und Höhe des Strafmaßes.

Von der möglichst umgehenden Erledigung vorstehenden Ersuchens hängt die zuverlässige Anstellung des Strafregisters unterm neuesten Kurs für den Monat Dezember ab.

Hamburg, den 21. Dezember 1895. Mit sozialdemokratischem Gruß Der geschäftsführende Ausschuss: S. Förster, S. Koenen, S. Wolfenbuhr.

Zu 50 Mark Geldstrafe wurde Genosse Hans Block als verantwortlicher Redakteur der Rheinisch-Westf. Arbeiterzeitung durch einen Strafbefehl des Dortmund. Amtsgerichts verurteilt, weil er in Veranlassung des seiner Zeit zu Bochum in der Tabakspinnerei von Cramer ausgebrochenen Streiks bei der Mitteilung hiervon durch die Worte: Der Zugub muß strengstens geringgehalten werden, groben Unfug verübt haben soll. Es wird selbstverständlich gegen diese Verurteilung Einspruch erhoben.

Genosse Kees hat beim Schluß einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg die Anwesenden zum Singen der Arbeiter-Markeilaise veranlaßt. Kees soll hierdurch sowie durch ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt und groben Unfug verübt haben. Gegen Kees wurde deshalb eine Geldstrafe von 10 Mk. festgesetzt.

Der Antrag der Staatsanwaltschaft Hannover auf Verfolgung des Genossen Leinert wegen Anreizung zum Klassenhass wurde von der Beschlußkammer des Landgerichts abgelehnt. Genosse Leinert sollte das angelegte Verdict in einer Schlußmachersversammlung befangen haben.

Totenliste. In der Neujahrnacht 12 Uhr starb in Halberstadt an einem Nierenleiden der Schneider August Zacharias. Zacharias, der fast fünfzig Jahre alt geworden ist, war bereits Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Die Partei verliert in ihm einen stets arbeits- und opferwilligen thätigkeitsreichen Genossen, der sich immer und besonders unter dem Sozialistengesetz bewährt hatte. Selbst während seiner Krankheit befehdete er öffentliche Aemter mit aller Gewissenhaftigkeit.

Gemeinde-Beitrag.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Freitag den 10. Januar abends 7/7 Uhr im Sitzungssaal am Rathausmarkt statt.

- Tagesordnung: I. Wahl der inneren Ausschüsse. II. Wahlen von Mitgliedern aus dem Kollegium bzw. der Bürgererschaft zu a) dem gemischten Ausschuss für öffentliche Gesundheitspflege, b) der Deputierten der Friedenssittung, c) dem Armendirektorium, d) der Deputation zum Verwaltungsausschuss für die Abrecht-Sittung, e) dem städtischen Steuerandausschuss, f) dem gemischten Gutsauschuss, g) der gemischten Deputation zur Erörterung von Reformen in dem System der Gemeinbeanlagen und Vorberatung der Petition von Grundstücksbesitzern wegen der städtischen Grundsteuer, h) der gemischten Deputation für die Beratung der Lokalbauordnung.

Kleine Chronik.

Leipzig, 8. Januar.

Dem vierten Vortragabend der Litterarischen Gesellschaft, der gestern im Hotel de Volongie stattfand, brachten alle Freunde der modernen Dichtung um so größeres Interesse entgegen, weil Paul Schenther, der feinsinnige Kritiker der Vossischen Zeitung, einen Vortrag über Hauptmanns Florian Geyer zugelaßt hatte. Der Redner sagte gleich zu Beginn: als er die Einladung der Litterarischen Gesellschaft erhalten habe, habe er gehofft, er würde mit einer Siegesbotschaft nach Leipzig kommen. Leider sei dies nicht der Fall. Auf der Bühne habe, dank der vielen Streidungen z., das neue Hauptmannsche Drama die daran geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. Hauptmann stelle hier zu große Anforderungen an die Bühne. Anstatt also die Berliner Aufführung zu besprechen, wolle er den Hörern eine genaue Analyse der Hauptmannschen Dichtung geben, und zwar der ungefüzten Dichtung, so wie sie in Buchform demnachst erscheinen werde; der Hörer möge sich dann selbst ein Urteil darüber bilden. Und nun begann Paul Schenther den Inhalt des Florian Geyer in schlichter, aber stimmungsvoller Sprache zu erzählen, hier das dramatische Geäder bloßlegend, dort die seine Symbolik einzelner Gestalten und Begebenheiten andeutend und an anderer Stelle die scheinbar losen Episoden mit dem roten Faden der tragischen Idee verknüpfend. Es war ein meisterlicher Vortrag. Um so bedauerlicher, daß ihn der Redner durch einige schlechte „patriotische“ Analogien (Florian Geyer und Kaiser Friedrich I. zc.) entstellte und die sozialen Züge des Hauptmannschen Zeitbildes mit liberalen Phrasen überdeckte. Große Heiterkeit rief die Erwähnung der neuesten Schwabensprüche der Berliner Censur hervor. Florian Geyer streicht das Haar seiner wilden Märei und meint dazu, es sei weicher als das Haar der allerfeinsten Jungfrau — ein Bild, um dessenwillen der Dichter im frommen Mittelalter, in der Zeit des Marienkultus, gewiß von Bischöfen und Mönchen gepriesen worden wäre. Allein was im katholischen Deutschland des Mittelalters als Ausdruck frommer Inbrunnit gegolten hätte, das steht im heutigen protestantischen Berlin die Polizei als Religionsvergehen an! Ja, wir haben es herrlich weit gebracht. Kunstwerk hin, Kunstwerk her, was gewissen Leuten nicht in den Kram paßt, wird eben gestrichen. So z. B. mußten in dem Monolog der ergreifenden Abschiedsszene

des vierten Aktes die Worte „Über Waffen, Fürsten und Fugger und Welfer zehren von seinem (Deutschlands) Mark“ auf dem Theater ungeprochen werden, und doch ist auf sie die ganze Rede Florian Geyers aufgepißt. Kann man sich da wundern, daß die Bühnenswirkung der herrlichen Dichtung den Erwartungen nicht entsprach? Im zweiten Teil des Abends trug Wilhelm von Bolenz eine Novelle und einige Gedichte vor, harmlose Sächelchen, die kaum einer öffentlichen Vorlesung wert waren.

Die Zeitung des Pariser Louvre hat drei neue hervorragende Kunstwerke angekauft, unter anderen den heiligen Sebastian von Verigino, der aus der Gallerie Sciarra stammt, für 120000 Mark, ein Doppelporträt von Lawrence für 75000 Mark und ein Altarblatt aus Eisenblei, die Grablegung Christi darstellend, aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts, für 20000 Mark.

Das Lebensalter der preussischen Minister. Der Vicepräsident des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. v. Coccius, sowie der Justizminister Schönstedt vollendeten am 6. Januar ihr 63. Lebensjahr. Was überhaupt das Lebensalter der jetzigen preussischen aktiven Staatsminister betrifft, so mag folgendes erwähnt werden: der Älteste ist der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe (geboren 31. März 1819) mit 77 Jahren; ihm folgt als Zweiter der Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein-Logten (geboren 2. Oktober 1827) mit 69 Jahren; alsdann der Finanzminister Dr. Miquel (geboren 21. Februar 1829) mit 67 Jahren; ferner der Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen (geboren 30. Januar 1832) und der Kultusminister Dr. Bosse (geboren 12. Juli 1832) mit je 64 Jahren, die Minister Dr. v. Bütticher (geboren 6. Januar 1833), Schönstedt (geboren 6. Januar 1838) und Bronsart v. Schellendorff (geboren 21. Dezember 1839) mit je 63 Jahren; ihnen folgen alsdann der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch (geboren 30. März 1843) mit 53 Jahren, und als Jüngster der Minister des Innern Freiherr v. d. Recke v. d. Forst (geboren 2. April 1847) mit 49 Jahren.

Humoristisches.

Stimmungswechsel. Schuldner: Ich möchte gern meine Schuld bei Ihnen bezahlen — Gläubiger: Ach bitte, das hat ja gar keine Uel! Schuldner: Aber ich kann leider noch nicht! Gläubiger: Ja, was bilden Sie sich denn eigentlich ein? Meinen Sie, ich werde noch länger warten?

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Größere Braunkohlenlager sollten Zeitungs- nachrichten zufolge an Medewischer Rittergutstür bei Borna entdeckt worden sein. Die Nachricht bestätigt sich aber nicht. Es finden wohl Bohrversuche statt, bis jetzt ist man aber noch nicht auf das vermutete Kohlenlager gestossen.

Bei der Gemeinderatswahl in Pöschappel wurde Genosse Scheinert mit 43 von 47 abgegebenen Stimmen in der Klasse der Unangesehnen gewählt. Durch die Einverleibung von Neu-Coschütz nach Pöschappel sind auch die Gemeindevorkreter von Neu-Coschütz mit übernommen worden, unter denen sich Genosse Franzenhof befindet.

Freisprechungen wurde Genosse Häfner in Ernstthal vom Schöffengericht Hohenstein-Ernstthal von der Anklage, eine Bekanntmachung der Mönchauer Amtshauptmannschaft, Geldsammlung zu öffentlichen Zwecken betreffend, übertreten zu haben.

Die Freisinnigen gegen den Wahlrechtsmurr. Vom Landesverein der freisinnigen Volkspartei für Sachsen soll demnächst an den sächsischen Landtag eine Petition abgefaßt werden, in welcher gegen die Verschlechterung des sächsischen Landtagswahlrechts protestiert und für Beibehaltung des jetzigen Wahlrechts eingetreten werden soll.

Wegen Tragens republikanischer Abzeichen hatten vier Genossen von Lichtenberg-Gallenberg Strafmandate von 30, 20 und zwei je 15 Mark erhalten. Auf beantragte richterliche Entscheidung erkannte das Gericht gegen einen Genossen, der ein Mandat von 15 Mark erhalten hatte, auf Freisprechung, während die Mandate der anderen drei Genossen bestätigt wurden. Die Strafe haben die Genossen verwirkt, weil sie bei einer Leiterwagen-Partie nach Schneeberg ein rotes Plakat mitgeführt hatten, auf dem das Wort Umsturz gedruckt war. Die Verurteilung erfolgte hauptsächlich wegen der roten Farbe des Plakats.

Gefindemerk. Eine überlebte Art der Arbeitsvermittlung sind die Gefindemärkte. Der entwürdigende Brauch, daß das Gefinde gleich Sklaven zu Markte gebracht und dort von den Käufer-Dienstherren bemustert, gehandelt und — gekauft wird, hat dem Vermittlungswesen Platz gemacht, das nicht besser, aber nicht so in der breiten Öffentlichkeit arbeitet. Der diesmalige Dresdener Gefindemarkt verlief für die Käufer nicht günstig. Das Angebot war zu gering und zu „minderwertig“. Statt der willkürlichen, unverlässlichen Arbeitsmaschine des auf dem Lande erzeugten Ochsen- oder Pferdewagens, boten sich feilbietende städtische Handarbeiter, Kutsher etc. an — also Leute, die sämtlich von modernen Ideen „angekränkt“ sind. Lange wird es nicht mehr dauern, findet der Käufer überhaupt keine andere „Ware“ mehr.

Aus der neuen Geschäftsordnung für die sächsischen Justizbehörden, die von uns in den letzten Tagen wiederholt erwähnt worden ist, wird jetzt folgender bemerkenswerter Passus bekannt:

Im amtlichen Verkehr mit dem Publikum hat sich jeder Beamte unaußerselbst vor Augen zu halten, daß jedermann den Anspruch zu erheben berechtigt ist, von der Behörde in anständiger, ruhiger und höflicher Weise behandelt zu werden, und daß dem Ansehen und der Würde der Behörde, sowie der Achtung vor den Beamten selbst nichts so sehr schadet, als ein unangemessenes Verhalten gegen das Publikum. Der Beamte hat hieran selbst dann zu halten, wenn er in die Lage kommt, Zurückweisungen zu erteilen. Das erkennbare Interesse der Rechtssuchenden ist überall, wo es nicht mit der Rücksicht auf eine Gegenpartei unträglich erscheinen sollte, nach Kräften zu fördern. Es darf auch nicht der Schein aufkommen, als ob ein ordnungsmäßiges Angehen der Justizbehörde als eine mißliebige Begehrung empfunden werde.

Dieser Passus enthält eigentlich nur Selbstverständliches. Daß man es trotzdem für nötig hielt, ihn der neuen Geschäftsordnung einzufügen, ist recht charakteristisch für unsere Zeit.

Ein Verein zur Speisung bedürftiger Schulkinder ist am Freitag in Dresden gegründet worden. Wir hätten, sagt die Sächsische Arbeiterzeitung, kaum Ursache gehabt, dieses Schöpfungstüchlein auf der häßlichen Larve des Gegenwartsstaats zu gedenken, wenn die Stiftung nicht aus einem so sonderbaren Grund erfolgt wäre. Dieser Verein ist nämlich zu Stande gekommen als Jubiläumstiftung zur Erinnerung an die Wiederaufrichtung des deutschen Reichs! Die Herren Gründer haben sich da — allerdings ungewollt — eine That des bittersten Hohnes und der vernichtendsten Kritik auf das neue deutsche Reich geleistet. Zum 25jährigen Jubiläum des glorreichen, mit dem Blute seiner Staatsbürger zusammengeführten deutschen Reichs einen Verein zur Speisung bedürftiger Schulkinder! O, wie herrlich muß das neue deutsche Reich seine Pflichten in diesen 25 Jahren erfüllt haben.

Protestversammlungen. Am Sonntag sprach Gen. Dr. Gradnauer in einer überfüllten Versammlung in Pirna. Einheitsig verurteilte die Versammlung den beabsichtigten Streich der reaktionären Wahlrechtsmurrer und nahm eine Resolution an, die mit allem Nachdruck gegen die Wahlrechtsveränderung protestierte. — In Annaberg sprach in einer antijemematischen Protestversammlung Reichstagsabg. Hindewald gegen die Abänderung des sächsischen Wahlrechts in ein Klassenwahlrecht und nahm eine Resolution gegen die Einführung des Klassenwahlrechts an. Einen Gegner, dem Amtsrichter Dr. Kühlmorgen, machte es der Vorsitzende der Versammlung, ein Herr aus Chemnitz, unmöglich zu sprechen, worüber selbst bei vielen Versammlungsbesuchern lebhafter Unwille herrschte.

Sociale Rundschau.

München, 6. Januar. Der sächsische Polizeirat unter des deutschfreisinnigen von Schuh Leitung, hat seinen neulichen Beschluß, daß bei Kontrolle von Fabrikbetrieben sich der Revisionsbeamte beim Unternehmer vorher zu melden hat, verschlimmert. Wenn nämlich der Verdacht einer Gesetzesübertretung besteht, kann die Revision „unvermutet“ erfolgen. Es gehört die Weisheit des grünen Tisches dazu, um zu glauben, daß sich solch verzerrende Bestimmung aufrecht erhalten läßt.

Turin, 5. Januar. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Turin stellten heute früh sämtlich die Arbeit ein. Man hofft auf eine baldige Beilegung des Streiks.

4. Nov. 4. Januar. Der Streik der 1500 Droschkentreiber dauert fort. Sie verlangen einen seltenen Tageslohn von 3 Lire (2,40 Mark) anstatt 2 Lire (1,60 Mark). Unterführungen liefen von mehreren Gewerkschaften ein, die Buchdrucker gaben 200 Lire (160 Mark).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Januar.

Genosse Kagenstein, unser geschätzter Redaktionskollege, hat sich gestern vormittag 10 Uhr zur Verbüßung seiner achtmonatlichen Gefängnisstrafe bei der hiesigen Staatsanwaltschaft gestellt. Diese acht Monate setzen sich bekanntlich zusammen aus fünf Monaten wegen Mißhandlung und drei Monaten wegen Majestätsbeleidigung. Die besten Wünsche der Genossen begleiten den wackeren Mitstreiter ins Gefängnis. Möge Genosse Kagenstein die Strapazen der langen Haft gesund überstehen!

Der imposante Verlauf der Stötteriger Wahlrechtsdemonstration hat die bürgerliche Presse Leipzigs gezwungen, die Wanzentaktik des Sichtlotstellens aufzugeben, um doch wenigstens referierend über sie zu berichten, so unangenehm ihr das auch augenscheinlich gewesen ist. Nur der Leipziger Dorfanzeiger, der mit großer Geschicklichkeit alle bedenklichen Vorgänge, aber kein Schlachtfeld unbemerkt läßt, hat auch am Sonntag wieder geschlafen und weiß deshalb kein Wort über die gewaltige Kundgebung zu berichten. Den übrigen Wäldern macht es zwar keinen Spieß, sie berichten zwar kurz, jedoch immerhin einigermaßen objektiv über Viebknechts Rede, ohne aber die Demonstration selbst gebührend zu würdigen.

Es hat das seinen Grund selbstverständlich in ihrer offenen oder verdeckten Freundschaft zu den Reaktionären, die das Volk pressen wollen. Ueber das Wesen des skandalösen Wahlrechtsattentats und seine bedenklichen Folgen haben sie ihren Lesern bisher so gut wie alles verschwiegen. Man kann deshalb bei Spießhauern, die ihre ganze geistige Nahrung aus dem Tageblatt, dem Generalanzeiger oder den Nachrichten ziehen, über die Tragweite des reaktionären Vorstoßes Urteile hören, die alles andere, nur kein Zeugnis für das „geistig so erleuchtete“ Leipzig bilden, aber dem tiefen Niveau der bürgerlichen Wälder der großen Handels- und Universitätsstadt durchaus entsprechen. Viel zu gering geben natürlich die bürgerlichen Wälder die Teilnehmerzahl an der Demonstration auf 10000 an. Nur 5000 Personen sollen in der Halle gewesen sein. Das Tageblatt, dem die „Amtscharakter“-toga ängstlich um die Glieder schlottert, allein vermeidet jede Hifferrangabe, ob in der Absicht, durch eine zu niedrige Angabe sich nicht zu blamieren, mag dahingestellt bleiben.

Unermähnt soll übrigens nicht bleiben, daß die Leipziger Zeitung in ihrer Wut über den glänzenden und vielleicht noch mehr über den durch keinen Miston gestörten Verlauf der Versammlung von einem „üblichen wüsten Applaus“ nach Viebknechts Rede spricht. Die Rede fällt übrigens das amtliche Blatt an einer Stelle in ihr direktes Gegenteil um. Danach soll Viebknecht u. a. gesagt haben:

Es bleibe also Ihren Gegnern nur noch das Mittel der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts und das bedeutet nichts anderes als die Revolution von oben, auf welche die Revolution von unten folge, der Hochverrat in den Regierungskesseln.

Daß Viebknecht diesen Unsinn nicht gesagt hat, mußten sich die Herren in der Poststraße selbst sagen. Trotzdem wollen wir dem einseitigen Geschreibsel einen für jene jedenfalls unverdächtigen Zeugen gegenüberstellen: das Leipziger Tageblatt. Dies läßt sich über die betreffende Stellen wie folgt aus:

So stehe dem Deutschland jetzt am Scheidewege. Der eine, von Bismarck empfohlene Weg führe zur Diktatur des Säbels. Ihm diene die Verechtigung des allgemeinen Wahlrechts, die Aufrechterhaltung einer reaktionären Verfassung. Das sei die Revolution von oben, bei der sich der Hochverrat auf den Ministerstempel fest.

Und nun noch ein paar Preßstimmen, die aus Anlaß der Stötteriger Kundgebung laut werden. Die Kreuzzeitung schreibt:

Zu dem allgemeinen Stimmrecht mag man grundsätzlich stehen, wie man will, in der Praxis läßt sich so lange nichts unternehmen, als nichts Brauchbares da ist, was an seine Stelle gesetzt werden könnte und vor allem, was eine Verhinderung der maßgebenden Faktoren unter sich möglich macht. Darüber sind wohl alle einsichtigen Politiker nicht im Zweifel. Von einem „Staatsstreich“ aber könnte dem befehlenden Wahlrecht nur dann Gefahr drohen, wenn die auf Grund dieses Rechts gewählte Vertretung der Nation in einem Zeitpunkt verlagte, wo die Sicherheit des Reiches von außen schwer bedroht erschiene.

Was sagt Graf Wirbach dazu, der in der letzten Session im Herrenhause die Regierung dringend ersucht hat, die Wahlrechtsfrage nach dem Vorgange des großen Alexander, d. h. mit dem Schwerte zu lösen?

Und die Vossische Zeitung bemerkt über die Stötteriger Resolution:

Wenn in dieser Resolution der Eindruck zu erwecken gesucht wird, als ob auch die Liberalen den Angriff auf das bestehende Wahlrecht mitmachen, so muß darauf hingewiesen werden, daß die deutschfreisinnige Partei im sächsischen Landtage überhaupt nicht mehr vertreten ist, daß aber die freisinnige sächsische Presse keinen Zweifel darüber gelassen hat, wie sehr sie dieses reaktionäre Vorgehen verurteilt. Die Ordnungsparteien könnten aber aus der sozialdemokratischen Bewegung ersehen, daß sie mit ihrem Angriff auf das Wahlrecht des Volkes nur neues Wasser auf die sozialdemokratischen Mühlen führen.

Die Vossische Zeitung irrt in Anfang dieser Zeilen. So weit in Sachsen von Liberalen die Rede ist, sind darunter die Nationalliberalen mit ihren Anhängern bis zu den Kammerfortschrittlichen zu verstehen. Es lag den Resolutionen um so ferner, einen falschen Eindruck hervorzurufen, als sich ja der Aufruf zum Versammlungsbuch an alle freiheitlich gestimmten Männer ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit richtete. Uebrigens können wir der Vossischen Zeitung getrost die Versicherung geben, daß kein sächsischer Deutschfreisinniger jenen Passus auf sich beziehen wird.

Der Aldeutsche Verband begeisterte sich gestern abend im Saale des Vereins für Volkswohl über die Vorkommnisse im Transvaal. Der Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Stadt, Herr Prof. Haffe, der neulich noch die Provinz Vosen mit unehelichen Kindern aus Aldeutschland kolonisieren und germanisieren wollte, bekundete in einem längeren Vortrage, wie froh er war, nun anderwärts Geld für Kolonisierungszwecke verwenden zu können. Prof. Wislicenus regte zur Vermehrung der deutschen Flotte eine Sammlung an, die etwa 3000 Mk. ergab. Aus solch klugwolle Anregung wird der Herr Marineminister vielleicht mit einer Hundert-Millionen-Vorlage für Kriegsschiffe quittieren, welche Summe dann aber nicht die Herren Professoren, sondern das arbeitende Volk sich anschwipzen kann.

Als Geschworene für die erste Quartalsitzung des

Schwurgerichts, die im Februar unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Mann stattfinden, sind folgende Herren ausgestellt worden: Kaufmann Gustav Adolf Barschdorff in Leipzig, Kaufmann Eugen Sachsenröder in L.-Gohlis, Universitätsprofessor Richard Weiske in Gropshöfna, Major a. D. und Rittergutsbesitzer Freiherr von Reizwitz-Holzbrink in Podelwitz bei Colditz, Stabinsbesitzer Herr. Kießling in Pöschappel, Fabrikant Georg Richard Kluthardt in Wurzen, Kaufmann Eduard Hermann Mehlgarten in Leipzig, Lohgerbermeister Wilhelm August Richard Bachmann in Grimma, Gutsbesitzer Friedrich Theodor Sälze in Rahnsdorf bei Borna, Dr. jur. Vordirektor Hugo Hermann Ferdinand Händel in Leipzig, Dr. phil. Buchdruckereibesitzer Theodor Bruno Giesecke in L.-Plogwitz, Kaufmann und Fabrikbesitzer Wilhelm Karl Emil Strube in Leipzig, Alttergutsbesitzer Karl Blathner in Oberwitz bei Began, Kaufmann Friedrich Emil Ludwig Bürtner in Leipzig, Kabinettfabrikant Karl Friedrich Bernhard Dethlefs in Leipzig, Buchhändler Felly Oswald Weigel in Leipzig, Kaufmann Richard Heine in L.-Gohlis, Dr. phil. Professor Wilhelm Hermann Howard in L.-Gohlis, Dr. phil. Franz Emil Jungmann in Leipzig, Mühlenbesitzer und Stadtrat Rudolf Schlobach in Colditz, Gutsbesitzer Theodor Hermann Kupfer in Reichen bei Grimma, Kaufmann Friedrich Wilhelm Herzog in Leipzig, Alttergutsbesitzer Franz Thirmer in Kötzsch bei Oschatz, Kaufmann Ernst Julius Fritzsche in Wurzen, Direktor der Spar- und Kreditbank Richard Emil Lindner in Leipzig, Volkswirtschaftsbesitzer Friedrich Hermann Schrotz in Wurzen, Mühlenbesitzer Moriz Alexander Hlsmann in Leisnig, Kaufmann Hugo Rudolf Böring in Leipzig, Kaufmann Erich Louis Moriz Albrecht Corfien in Leipzig und Kaufmann Eduard Hermann Müller in Gwandstein bei Froburg.

Das Vorgehen des Komitees zur Verschaffung von Stützpunkten für die Verkäuferinnen hat trotz der Entschließungsversammlung der Prinzipale einen guten Erfolg zu verzeichnen. Das Komitee hatte an 270 Prinzipale Zettel folgenden Inhalts zur Unterschrift verschickt.

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, den bei ihm beschäftigten Verkäuferinnen während der Verkaufszeiten das Sitzen gestatten und zugleich für geeignete Sitzplätze sorgen zu wollen.

Name und Firma: _____
Straßen-Nr.: _____
Diese Erklärung wird am 9. Dezember abgeholt. Die Namen der Geschäftsinhaber, die sich bereit erklären, unseren billigen Wunsch zu erfüllen, werden veröffentlicht.

Davon kamen 199 Zettel unterschrieben zurück. Der mir erst andgedrohte Boykott, der diesmal von der Leipziger Damenwelt ausging, hat seine Schuldigkeit getan. Freilich wird es notwendig sein, eine scharfe Kontrolle zu üben.

Postalisches. Eine Ersatzpflicht für Einschreibendungen übernehmen zur Zeit noch nicht die Postverwaltungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, von Argentinien, Brasilien, der britisch-australischen Kolonien (ausgenommen Queensland), von Kanada, der Kapkolonie, von Ecuador, Guatemala, Mexiko, Natal, Paraguan, Peru und der südafrikanischen Republik. Die Absender thun deshalb wohl, Einschreibebriefe, wenn sie besonders wertvollen Inhalt haben, noch bei einer Versicherungsgesellschaft versichern zu lassen.

Aus Furcht vor Abonnentenschwind hatten die Leipziger Neuesten Nachrichten sich erboten, die amtlichen Anzeigen unentgeltlich abzurufen und um Aufhebung der Anzeigen gebeten. Das Ministerium hat aber dieses Gesuch abschlägig beschieden und — Strafe muß sein — die Neuesten Nachrichten entzogen nun den Beamten des Landgerichts zum Teil die bisher gewährten Gratiseemplare. Nun bleibt den Nachrichten nichts anderes übrig, als die amtlichen Anzeigen dem ihnen verhafteten Leipziger Tageblatt nachzudrucken. Ob sie das vor dem Schwinden der Abonnenten und Inserate schützen wird, ist sehr fraglich.

Die hiesigen Freisinnigen mögen sich gestern nicht wenig gewundert haben, daß sie sich am vergangenen Sonntagabend in der Centralhalle versammelt hatten — ohne etwas davon zu wissen. Aber es muß doch wohl so sein. Wenigstens erzählt ihnen das und noch einiges andere der Leipziger Generalanzeiger in seiner gestrigen Nummer in einer Original-Lokalnotiz. Die Freisinnigen würden vergeblich nach des Rätsels Lösung suchen, wenn sie nicht auch andere Blätter lesen würden, wo sie dieselbe Nachricht aus Dresden gemeldet finden. Das kleine Malheur zeigt wieder einmal recht deutlich, was der Generalanzeiger alles als Originalkorrespondenzen ausgiebt. Diesmal war die „Original“-Korrespondenz mit „ör“ gezeichnet, stammt aber von der Leipziger Börsehalle.

Eine Versammlung der Mitglieder der Leipziger Ortsfrankenkasse findet nächsten Freitag statt. Wir verweisen auf die betreffende Anzeige in unserer heutigen Nummer.

Der diesjährige Weihnachtspäckerverkehr belief sich für Leipzig auf 494017 Stück, das sind 47495 Stück mehr als im Vorjahre.

Universitätsnachrichten. Der Direktor der hiesigen Sternwarte, Professor Dr. Heinrich Bruns, hat einen Ruf als ordentlicher Professor der theoretischen Astronomie an die Berliner Universität abgelehnt. Der Professor der klassischen Archäologie an der Universität Freiburg, Dr. Studniczki, hat einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger des Professors Dr. Overbeck erhalten. — Heute beginnen die mündlichen juristischen Staatsprüfungen an unserer Universität. — Gleichwie in früheren Jahren, so wird auch dieses Mal der Austausch der studentischen Legimationskarten in der ersten Woche des Monats Februar vollzogen.

Dr. Wustmann, der Direktor des sächsischen Archivs und Oberbibliothekar der Stadtbibliothek, feierte gestern das 25jährige Jubiläum seiner Thätigkeit in der Stadtbibliothek. Vorher war Herr Wustmann Lehrer an der Thomass- und an der Nikolaischule. Am 7. Januar 1871 übernahm er die Stadtbibliothek. Er ist Redakteur der Grenzboten.

Der Verlagsbuchhändler Anton Philipp Neclam, ein in der ganzen Buchhändler- und Leservelt bekannte Persönlichkeit, ist dieser Tage hier verstorben. Im Jahre 1807 zu Leipzig geboren, besaß er von 1828—1837 eine Bibliothek und gründete nebenbei unter der Firma Philipp Neclam jun. ein Verlagsgeschäft, zu dem er 1839 die Handische Buchdruckerei erwarb. Sein Verlag ist besonders durch die seit 1837 erscheinende Universal-Bibliothek, eine Sammlung deutscher und ins Deutsche übersehener Werke, bekannt geworden, von der bis jetzt annähernd 3500 Nummern erschienen sind.

Im Asyl für männliche Obdachlose sprachen in der Zeit vom 21. bis 28. Dezember 1895 bis 4. Januar 1896 268 Personen vor, von denen 265 aufgenommen und 3 zurückgewiesen wurden. — Im Asyl für weibliche Obdachlose fanden im Monat Dezember 19 Personen Aufnahme. Zurückweisungen kamen nicht vor.

Arbeiterkrisis. Ein in einem Warengeschäft der Petersstraße beschäftigter Arbeiter war beim Herauswinden des Fahrstuhls hängen geblieben und erlitt eine derartige Quetschung der Arme, daß er sich einen Notverband anlegen lassen und dann nach dem Krankenhaus begeben mußte. — Beim Herablassen der Jalousien in einem Manufakturgeschäft der Katharinenstraße stürzte ein 21jähriger Commis von einer Vockleiter und zog sich einen doppelten Unterschenkelbruch zu. — Beim Ausbessern einer über einem Dachfenster einer Holzschmiede in der Waldstraße befindlichen Bekleidung glitt der 28jährige Hausdiener Paul T. aus. Er fiel zur Erde und zog sich einen Schädelbruch zu.

Unfälle. Ein 50 Jahre alter Müller tödtete infolge plötzlichen Aufschlagens einer Thür in einem Restaurant am Brühl die Fingerringe ein. — In der Königstraße stürzte gestern der 41jährige Bierbrauersohn Hans Baumann aus einem Fenster des Hospitales, an dem er gespielt hatte, in den Hof. Unter einem linksseitigen Kniegelenkbruch erlitt er auch einen Nasenbeinbruch.

Selbstmord und Selbstmordversuch. Im Keller eines Hauses Mähmannstraße 9 hat sich gestern ein 41jähriger Handelsmann erhängt. Ehelicher Zwist soll die Ursache sein. Er hinterläßt Frau und fünf Kinder. — Aus unbekanntem Gründen schoß sich in seiner Wohnung in der Reichstraße ein Tapezierer eine Revolverkugel in den Kopf. Schwer verletzt wurde der Unglückliche ins Krankenhaus gebracht.

Feuerbericht. In einem Grundstück der Reiter Straße zeriet auf ganz unangelegte Weise eine Partie Sägespäne, die auf dem Boden lagerte, in Brand. Nur durch sofortiges Eingreifen der Hausbewohner konnte verhindert werden, daß der gesamte Boden von den Flammen ergriffen wurde. — In der Bayerischen Straße gerieten eine Anzahl Holzbreiter in Brand und in der Münzberger Straße fand in der Küche einer Restauration eine Petroleumexplosion statt. Die Feuerwehre griff noch bei zwei kleinen Bränden in der Mozartstraße und in der Höfen Straße ein.

Verhaftungen. In einer Buchhandlung der Windmühlenstraße unterschlug ein 26 Jahre alter, in Volkmarstorf wohnhafter Schreiber 50 Mark. — Ein noch in jugendlichem Alter befindlicher Angestellter eines hiesigen kaufmännischen Warenhauses entwendete daselbst Waren im Werte von 150 Mark. Bei einer vorgenommenen polizeilichen Hausdurchsuchung fand sich nur noch ein geringer Teil vor. — Ferner wurde beim Versehen eines Stüdes Warent eine Frau wegen Schleierei verhaftet, da sich herausstellte, daß der Warent aus einem gestohlenen Warenballen herflamme. Auch der Dieb wurde ermittelt und festgenommen.

Diebstähle. Ein Einbruchdiebstahl wurde gestern nacht in einem Cigarengeschäft der Windmühlenstraße verübt. Die Diebe sind von der Straße aus in einen Vichtsacht und von dort in den Lagerraum eingedrungen. Die von ihnen mitgenommenen Waren sollen einen Wert von 100 Mark repräsentieren. — Ein Langjünger wurde gestern an einer der Nebstufen des Augustusplatzes abgefaßt. Er hatte bereits mehrere kleinere Gegenstände unter die Jacke geschoben.

Einem fremden Patron bewirkte gestern ein Restaurant in der Alandstraße. Er hatte bis in die zweite Stunde gezehrt, ohne einen Heller bei sich zu haben. Als er hinausgewiesen wurde, schlug er von außen auch noch drei Fensterscheiben entzwei.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 7. Januar.

Verbreitung unzüchtiger Schriften. Wegen Verbreitung eines Gedichtes, dessen Inhalt die 4. Strafkammer als unzüchtig betrachtete, wurde der Buchhändler R. zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte auch noch wegen zweier anderer Bücher die Verurteilung mittelst des dolus eventualis beantragt, das Gericht sprach R. aber in dieser Beziehung frei, weil es objektiv den Inhalt nicht für unzüchtig erachtete.

Auch eine Urkundenfälschung. Das 20 Jahre alte Dienstmädchen Agnes T. aus Ottewitz hatte sich 25 Mk. gepart und das Geld auf die Sparkasse zu Grimma eingezahlt. Anfangs März 1895 kam sie nach Hause, um ihre Niederkauf zu erwarten. Sie hob am 17. März das Geld ab und zahlte von neuem 5 Mk. ein. Um ihrer Mutter nun nicht wissen zu lassen, daß sie nichts weiter gepart habe, fälschte sie die Einlageziffer, so daß es den Anschein hatte, als ob 250 Mk. eingezahlt seien. Sie legte das Buch zu Hause in die Kommode, von wo es die Mutter, ohne daß sie von der Fälschung eine Ahnung hatte, nahm, um Geld abzugeben. Auf der Sparkasse wurde die Fälschung entdeckt und die T. von der 4. Strafkammer zu drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Wildkassabeteug. Die Dienstmagd Amalie Friederike Wilhelmine Vange aus Trebitz hat sich im September 1894 bei dem Gemeindevorstand G. in Trautzschen, den Outsbefigern B. in Oberditz, J. in Köpfschlag, W. in Köpfschlag, M. und Ka. in Andigast für das Jahr 1895 vermietet und sich als Draufgeld jedesmal 3 Mk. geben lassen, ohne daß es in ihrer Absicht lag, die Stellenungen anzutreten. Das gleiche Manöver führte sie auch in Leipzig zum Schaden der Restaurateure R. und T. aus, die sie ebenfalls um je 3 Mk. schädigte. Wegen eines weiteren Betruges, durch den sie die Tagelöhnerin in Schillbach um Sachen im Werte von 60.80 Mk. geschädigt hat, wird sie sich noch später zu verantworten haben. Die V. ist schon mehrfach wegen ähnlicher Betrügereien bestraft und zuletzt am 4. Dezember 1895 vom Landgericht Naumburg mit einer mehrjährigen Zuchthausstrafe belegt worden. Die 3. Strafkammer erkannte auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr Zuchthaus.

Von Nah und Fern.

Dresden, 6. Januar. Der Raubmörder Köpfer wird wie nunmehr feststeht, zunächst in der Schweiz wegen des dort begangenen Verbrechens abgeurteilt und dann an die österreichische Gerichtsbarkeit ausgeliefert werden. Dem Begehren der

sächsischen Behörden um Auslieferung des Köpfer an die sächsischen Gerichte wurde, wie verlautet, aus dem Grunde nicht entsprochen, weil bereits die Auslieferung Köpfers als österreichischen Unterthan an die österreichischen Behörden vom Schweizer Bundesrat genehmigt war.

Merrane, 8. Januar. Ein verhängnisvoller Vorgang ereignete sich vergangenen Donnerstag abend im Hause des Tagelöhners Pomfel in Venopolisbain. Bei einer nachträglichen Neujahrsfeier in der Behausung der Fabrikarbeiterin Hämslich richtete die Tagelöhnerin Pomfel, welche in angelegelter Stimmung Männerkleidung angezogen und eine Wäsche zu militärischen Exercitien ergriffen hatte, die Wäsche gegen den Fabrikarbeiter Fröde, der alsbald tödlich getroffen zusammenfiel. Die Täterin, eine Mutter von sechs unermöglichen Kindern, ist samt ihrem Ehemann an das Amtsgericht Königsberg abgeliefert worden. Beide wollen von dem Geladenen der Wäsche keine Ahnung gehabt haben. Der Gerichtshof hinterläßt eine Witwe mit drei Kindern.

Berlin, 7. Januar. Am 19. Juli 1890 um 10^{1/2} Uhr abends wurde im Tiergarten in der Nähe der Bellevue-Allee die Postkassensfrau Hertha Wende geb. Verndt von einem unbekanntem Manne ermordet. An der Leiche wurden zwei Schußwunden und mehrere Schnittwunden festgestellt. Eine Verabreichung hat nicht stattgefunden. Der Verdacht der Täterin richtete sich auf einen Mann, welcher nach Angabe einer Privatinterviewten mehrfach mit der Wende zusammen öffentliche Lokale, insbesondere das Belt Nr. 4 besucht haben soll. Dieser Mann wurde beschrieben: etwa 30 Jahre alt, 1,68 Meter groß, mit gerötetem Wangen, dunklem Schnurrbart, in der Mitte geschleitetes Haar, er soll ein goldenes Vincenz, sowie einen Stock mit großer, anscheinend silberner Angel bei sich geführt haben. Die Ermittlung des Täters und der beschriebenen Persönlichkeit ist nicht gelungen, obwohl eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt war. Vor einigen Tagen hat in Weimar der Drahtzieher Louis Paul Goldbach, geboren am 18. Oktober 1856 zu Freiberg i. Sch., der Polizeibehörde die Anzeige erstattet, daß er die Wende ermordet habe. Goldbach, der nach seinen Vorbereitungen als ein zu Gewaltthaten geneigter Mensch bezeichnet werden muß, wohnte im Jahre 1890 Simeonstrasse Nr. 8 hier selbst. Von seiner Frau ist er 1893 geschieden worden, weil er dieselbe mit dem Messer bedroht und verletzt hat. Ob die Selbstbeziehung des Goldbach, die er später zurückgenommen hat, auf Wahrheit beruht, muß dahingestellt bleiben, da sie durch mehrere von seiner früheren Ehefrau mitgeteilte Umstände unterstützt wird, ist er verhaftet und in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Die Verhaftung des Herrn v. Hammerstein und seine Ueberführung nach Brindisi hat bis jetzt dem preussischen Justizministerium eine Kostenanlage von nahezu 2000 Mark verursacht, eingerechnet alle Diktien und Reiseauslagen der in Frage kommenden Polizeiorgane. Die Gesamtkosten werden sich schließlich im Falle des Transports durch Italien, die Schweiz u. a. auf etwa 2500 Mark belaufen, ohne die Verpflegungskosten, welche Preußen ebenfalls an die betreffenden fremden Staaten zurückzahlen muß.

Hannover, 7. Januar. Hier hat am Sonntag früh der in der Oberstraße 24 wohnende Antifer Nordmeyer aus Eiferstadt seine Frau ermordet. Beide waren, wie der Hann. bericht, am Abend vorher zu einem Vergnügen gewesen und am Sonntag morgen gleich nach dem Erwachen miteinander in Streit geraten. In seiner Wut sprang der Mann aus dem Bette, eilte ins Nebenzimmer, holte den bereits geladenen Revolver heraus und schoß damit zweimal nach dem Kopfe seiner inzwischen ebenfalls aufgestandenen Frau. Als diese ihn zurückfiel, er möge schnell einen Arzt holen, rief er ihr zu, nun sei es zu spät, schoß sie noch einmal in die Brust und warf dann die Niederstinkende aufs Bett, auf dem er sie dann, da sie noch Leben zeigte, mit einem Stride erdroffelte. Der Mörder ist 40, seine Frau 30 Jahre alt. Beide sind erst seit 3^{1/2} Jahren verheiratet und sollen in Unfrieden, hervorgerufen durch die Eifersucht des Mannes, gelebt haben. Deshalb hatte die Frau ihren Mann auch einmal auf längere Zeit verlassen. Nach Ausführung der That verließ Nordmeyer seine Wohnung und trieb sich den Tag über in Wirtschaften umher, wo er sein Gewissen durch Genuß von Spirituosen zu betäuben suchte. Als im Laufe des Sonntags die Frau sich nicht sehen ließ, schöpften die Hausbewohner Verdacht und benachrichtigten die Polizei, welche die Wohnung öffnete und die Frau tot im Bette liegend fand. Der Verdacht der Täterschaft fiel sofort auf den Mann, nach dem alsbald gefahndet wurde und der eine Stunde später in einer Wirtschaft verhaftet werden konnte. Er hat die That bei seinem Verhör sofort eingestanden und sie, wie oben mitgeteilt, geschildert.

Hamburg, 7. Januar. In einem Hotel am Berliner Bahnhof haben sich gestern zwei Fremde erschossen. Ueber ihre Persönlichkeit ist nichts weiter bekannt, als daß sie Brüder und wahrscheinlich Bremer Kaufleute sind.

Elberfeld, 7. Januar. In dem ehemaligen städtischen Bürgerkrankenhaus, das jetzt von der Stadt in kleineren Wohnungen an ärmere Leute vermietet ist, wohnte der 40 Jahre alte Maurer Joseph Duda, ein schon wiederholt mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafter und erst kürzlich aus dem Zuchthaus entlassener Mensch, mit seiner Frau und deren 18 Jahre alter (unehelicher) Tochter Emma Busch. Heute morgen gegen 8 Uhr, als seine Frau, die als Straßenfegerin ihren Lebensunterhalt verdient, schon einige Stunden von Hause weg war, schlich sich Duda an das Bett seiner Stieftochter, um diese zu vergewaltigen. Hat sich das Mädchen nun gestraubt oder hat Duda die Jungfrau seiner Schandthat beseitigen wollen, kurz, er ergriff ein Weil und versetzte dem Mädchen damit mehrere Schläge auf den Kopf. Diese waren mit solcher Wucht geführt, daß der Schädel seines Opfers gespalten wurde und Wände und Fußboden des Zimmers mit der umherspritzenden Gehirnmasse bedeckt wurden. Die Folge der sündlichen Verletzung war natürlich der augenblickliche Tod des Mädchens. Noch stand der Mörder mit dem blutbesetzten Weile in der Hand vor seinem Opfer, da kehrte seine Frau von der Arbeit zurück und sah, was sich zugetragen hatte. Da stürzte sich Duda auf sie, brachte ihr ebenfalls mehrere Stöße mit dem Weile an dem Kopfe bei und ergriff dann, wobei er den auf das Hilfesgeschrei der tödlich verletzten Frau herbeigelaufenen Nachbarn, die Flucht. Er ist entkommen, da in der Aufregung niemand daran dachte, ihn zu verfolgen. Frau Duda wurde in das Krankenhaus gebracht; auch ihr ist der Schädel gespalten und das Gehirn bloßgelegt, so daß an Erhaltung ihres Lebens kaum zu denken ist.

Meiningen, 7. Januar. Die bekannten Waldböfser Steinhaid und Fgelschrieb steden derart im Schnee, daß selbst der Postschiffen nicht mehr dahin gelangen kann.

Wentzen, 7. Januar. Der Gefangenenausscher Waja ist wegen Versuchs der Befreiung der Mörder Arlt und Sobczyl von der hiesigen Strafkammer heute zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Waburg in Hessen, 7. Januar. Der Soldat Noerr aus Godanshausen vom hiesigen Jäger-Bataillon stürzte in die Bahn und ertrank. Es ist unangekündigt, ob ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt.

In Kehl sind einem Soldaten, der sich während 14 Tagen in einer Kiste innerhalb der Kasernen aufhielt und sich des Nachts von Abfällen aus dem Spülloch nährte, beide Beine erfroren, so daß sie amputiert werden müssen.

Paris, 7. Januar. Der Bankier Valensi, der mit einem Defizit von zwei Millionen gestürzt ist, soll Depots Lepandy, des kürzlich verstorbenen Lebemanns, veruntreut haben. Wegen Valensi, der gemeinschaftlich mit De Testi Lebandy überverteilt haben soll, wurde ein Haftbefehl erlassen.

Rom, 7. Januar. In Sankt Peter erfolgte Mittags zwölf Uhr ein grauenhafter Selbstmord. Ein älterer Neapolitaner, früher Omnibuskonduktor, schritt in die Mitte der Kirche vor den Hochaltar und durchschnitt die Gurgel mit einem Rasiermesser. Er wurde sterbend hinweggetragen und die Kirche sofort geschlossen. Eine neue Einweihung ist erforderlich.

Vari, 7. Januar. Infolge heftigen Wellenganges ist ein Fischerboot in der Nähe von Molfetta gesunken. Neun Personen sind ertrunken. — In Corate starben zwei Frauen Hungers. Die Aufregung infolge des entsetzlichen Stodes ist groß. Was thut der Brigantenschef Crispi? Wei statt Droll! Militär wird requiriert, weil man einen „Volksaufstand befürchtet“. Man bestiehlt und plündert das Volk, und dann, wenn es hungert, läßt man schießen.

London, 7. Januar. In dem Stadtteil, in dem gestern Ausschreitungen gegen Deutsche und Holländer stattfanden, ist jetzt alles ruhig. Aus dem Floh ist ein Elefant gemacht worden.

Letzte Nachrichten.

Warrer Naumann stellt in der Neujahrsnummer seiner Hülfe ein Programm auf. Er unterscheidet für sich und die Seinen eine politische und eine religiöse Aufgabe. Als politische Aufgabe bezeichnet er es, einen regierungsfähigen Sozialismus vorzubereiten. Bei dem weiteren Wachsen der sozialistischen Gesinnung im deutschen Volke werde ein Punkt kommen müssen, wo die Regierung ohne große Veränderung nicht weiter regieren könne, wo das Kaiserthum entweder die Verfassung des Reichs brechen oder seinen Frieden mit dem Sozialismus machen müsse. Sie werde wahrscheinlich das letztere thun und dann zeigen, daß die Monarchie leichter den Kulturansgaben genügen kann als Republikan. Gesetze das nicht, so sei die politische Arbeit der Christlich-Sozialen vergeblich, dann aber auch die nationale Zukunft Deutschlands verloren, denn eine soziale Republik auf deutschem Boden sei unmöglich. Für den Fall der sozialen Wendung aber müsse dafür gesorgt werden, daß eine Partei vorhanden sei, die im Stande ist, den Kompromiß zwischen Arbeit und Monarchie anzunehmen. 1890 bei den kaiserlichen Erlässen habe keine arbeitsfähige, politische Gruppe bestanden, die diese Erlasse zu ihrer Fahne machen konnte. In fünf Sähen spricht Naumann seine sozialen und politischen Wünsche aus: 1. Schutz des Vaterlands als Vaterland fleißiger Arbeit; 2. Ehrung des Kaisers, weil er ein Kaiser der thätigen Stände sein werde; 3. Vertretung jeder Reform, die der Arbeit im Kampf gegen Jins und Kente helfen kann; 4. Gemeinamkeit der Interessen der Arbeit in Stadt und Land; 5. Förderung jeder freiwilligen Berufsorganisation. — Als religiöse Aufgabe bezeichnet er es, das evangelische Christentum als die beste Religion für Gegenwart und Zukunft zu erweisen. Herr Naumann hat vergessen auseinanderzusetzen, warum in Deutschland eine soziale Republik unmöglich ist.

Vom Kriegsschauplatz in Nordschleswig. Der Journalist und Redakteur M. Andersen in Apenrade, zugleich Schriftführer des dänischen Sprachvereins, giebt seit einiger Jahren eine kleine Kinderchrift in dänischer Sprache heraus, betitelt „Illustreret Børneblad for Nordschlesvig“. Außerdem verteilte er an die Abonnenten seines Blattes das Weihnachtsbildein Zuleid aus dem Kunstverlag von Bojesen in Kopenhagen, das eine kleine Ausgabe der Weihnachtskinderrosen desselben Verlegers darstellt. Auf der Vorderseite des Umschlages dieses Bildeins ist das Bild einer mit einer Krone um die Wette laufenden Hans dargestellt. Auf der Krone reitet ein Knäblein, eine flatternde Fahne hoch haltend, die außer der Aufschrift: Zuleid (Weihnachten) auf blauem Grunde auch ein kleines koloriertes Danebrog (das Danebrog ist die dänische Flagge) trägt. Diese Deloration hat Anlaß zu einer Beschlagnahme und Hausdurchsuchung seitens der Polizeibehörde am 28. Dezember gegeben. Auch Exemplare einer in Leipzig erschienenen Ausgabe von Mangers Kochbuch, übersezt ins Dänische, wurde beschlaggenommen, weil auf der Vorderseite des Bandes ein kleines Danebrogbild, in Leipzig gemacht, gezeichnet ist. Endlich wurde noch der Katalog des Bildeverlages des dänischen Sprachvereins in einem Exemplar des Verlegers in Kopenhagen beschlaggenommen, weil die Vorderseite des Umschlages des Kataloges ein weißes Kreuz in rotem Grunde (das dänische Wappen) trägt. Der Amtsvorsteher hob von den erfolgten Beschlagnahmen diejenigen der Weihnachtsbeilage mit der Verbindung auf, daß die Vorderseite des Umschlages mit dem kleinen Danebrog erst entfernt werden müßte. Der Bildeverlag und das Kochbuch sind noch nicht zurückgegeben. Welch staatsgefährliche Dinge solch ein Kochbuch doch enthält, daß es im Interesse des Bestandes der preussischen Monarchie konfisziert werden muß! So „verjöhnt“ man die — Unnetlierten.

Bersammlungs-kalender.

Mittwoch: **Malter und Vasterey**, Universitätsstrasse, Mitterstrasse 7. Abends 8 Uhr. T. D.: 1. Der diesjährige Provinzialtag der Malter Sachverständigen und 2. Bericht der Delegierten an denselben. 2. Haupttag zum Abhaltungskomitee. 3. Gemeinlichkeitsbesitz.

Reichsanwalt, Schulstrasse, Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Bericht der Kommission 2. Verabschiedung. 3. Diskussion.

Donnerstag: Verein der Schmeide, Biele, See u. a. Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Bericht des Vorstands. 2. Bericht des Kassierers und der Revisoren. 3. Ergänzungswahl des Vorstands. 4. Anträge des Vorstandes (Abänderung des 2. 5. Anträge der Mitglieder. 6. Verschiedenes.

Sozialdemokratischer Verein v. O. A., Hauptstrasse (Königsplatz) Abends halb 9 Uhr. T. D.: 1. Vortrag des Wesens Sachler über: Zweck und Ziele der sozialdemokratischen Vereine. 2. Politische Rundschau. 3. Dringliche. 4. Parteil. u. Vereinsangelegenheiten.

Redaktionschluss 1 Uhr nachmittags.

Telegraphische Depeschen.

Privattelegramme der Leipziger Volkszeitung.

Ein diplomatischer Kaltwasserstrahl aus Oesterreich.

Wien, 8. Januar. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) In auffallendem Gegensatz zur gefauten Presse mahnt der offizielle Bester Lloyd in augenscheinlich inspiriertem Artikel zu kaltblütigem Verhalten in den Verwicklungen der Transvaal-Affaire.

Die Adresse, an die diese inspirierte Erklärung gerichtet ist, braucht nicht genannt zu werden. Es ist allerdings notwendig, daß gegenüber den aufwallenden Chauvinismus, der nur ein Hebel großkapitalistischer Interessen ist, die internationale Ruhe mit Energie gewahrt wird, mögen die Säbelkrasser diesseits und jenseits des Kanals auch noch so grimmig sich gebärden.

Unsere Herren Mitarbeiter werden ersucht, uns zur Revision des Adressenverzeichnisses gefälligst bald ihre genauen Adressen mitzuteilen.

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Briefkasten der Redaktion.

Der Briefschreiber (Ereignisse der Dienstzeit) wird um seine Adresse ersucht.

Wesserschmidt. Die Verhandlung fand am 20. Dezember statt und endete mit der Beurteilung des zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis. Wir haben damals über die Verhandlung nicht berichtet, weil unser Berichterstatter durch anderweitige Verhandlungen abgehalten war, dieser Verhandlung beizuwohnen.

G. P. Wir sind gern bereit, Ihnen auf Wunsch die Adresse zur Uebermittlung zu verschaffen. Ihre Anregung führt aber entschieden zu weit, namentlich in jetziger Zeit, wo wir alle Hände voll zu thun haben.

W. W. Uns dünkt der Satz nicht hoch, sondern auffällig niedrig. Auf die anderweitige Verheiratung wird sonst wenig Rücksicht genommen.

Auskunft in Rechtsfragen.

G. N., Eisenstraße. Der Vater und der Ehemann der Verstorbenen erben in diesem Falle je die Hälfte der Hinterlassenschaft.

Für den Inzeratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag, den 7. Januar 1896.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glas.)

Table with 3 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste), Quantity, and Price. Includes sub-sections for 'Weizen per 1000 kg netto' and 'Kleesaat per 100 kg netto'.

Ausserdem wurden notiert nach den Angaben der Leipziger Spiritfabrik. Spiritus (unversteuert) mit 50 M. Verbrauchsabgab. 51.00 M. Geld p. 10000 Liter ohne Faas.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Mittwoch den 8. Januar: 7. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weibl.). Die Marktenderin.

Oper in 3 Akten von Henri Cain. Musik von Benjamin Godard. Deutsch von Kisten-Baercker. Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direction: Kapellmeister Paugner.

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt. Einlass 7/8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Derru-Preise. Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10 (Sonn- u. Festtag) bis 3 Uhr.

Spielplan: Donnerstag: Das Wäld im Winkel. Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Ring des Nibelungen. I. Das Rheingold. Anfang 7 Uhr. — Samstag: Der Ring des Nibelungen. II. Die Walküre. Anfang 7/8 Uhr.

Altes Theater.

Mittwoch den 8. Januar.

14. Volkstümliche Vorstellung zu halben Preisen.

Wilhelm Tell.

Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Regie: Oberregisseur Grünberger.

Table listing actors and roles for 'Wilhelm Tell'. Columns include Actor Name and Role (e.g., Herrmann Gessler, Reichsadvokat in Schwyz und Uri).

Schauspiel der Handlung: 1. Akt, 1. Scene: Hohes Felsenstück des Vierwaldstätter Sees. 2. Scene: Vor Stauffachers Hause zu Steinen. 3. Scene: Walther Fühls Wohnung. — 2. Akt, 1. Scene: Oberhof des Freiherren von Attinghausen. 2. Scene: Das Wäld. — 3. Akt, 1. Scene: Telis Haus. 2. Scene: Wäldes Waldweg. 3. Scene: Wäldes bei Althof. — 4. Akt, 1. Scene: Des Fühlses Alter des Vierwaldstätter Sees. 2. Scene: Oberhof des Freiherren von Attinghausen. 3. Scene: Die hohe Wäldes bei Rühnacht. — 5. Akt, 1. Scene: Wäldes bei Althof. 2. Scene: Telis Haus. — Letzte Scene: Thalgrund vor Telis Haus. — Nach dem 1. und 2. Akt finden längere Pausen statt.

Küchensettel der städtischen Speiseanstalten. Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weißkohl mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Rosenplatz): Weißkohl u. Kartoffeln m. Schöpfenfl.

129. Sächsische Landeslotterie.

1. Klasse.

Ziehung vom 8. Januar.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 107 Mark gezogen. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.) 20000 auf Nr. 61116 bei Herrn S. Jarmulowsky, in Firma: S. Jarmulowsky u. Co. in Lübeck.

Table of lottery numbers and prizes for the 129th Saxon State Lottery, 1st Class. Lists numbers like 505 570 574 945 (150) and prizes like 217 1692 246 429 716 923 343 791 (200).

885 152 148 812 (200) 368 572 (200) 657 918 (150) 218 140 508 529 13926 770 (200) 957 874 728 111 (1000) 84 768 694 (150) 951 481 401 34377 653 (150) 525 237 280 811 806 724 587 476 182 497 15 528 785 505

Table of lottery numbers and prizes for the 129th Saxon State Lottery, 2nd Class. Lists numbers like 35046 681 84 275 951 937 706 342 834 314 (150) 800 972 614 (150) 795 983 34003 (150) 215 (150) 974 275 948 825 205 223 934 (150) 199 688 876 980 23 (200) 41 696 (150) 570 (150) 459 14 (150) 281 228 273 389 (1000) 37145 553 156 455 38717 794 957 607 481 (200) 703 243 892 457 251 87 889 798 39283 481 884 904 608 470 501 418 425 (300) 85 (3000) 42 170 (150) 624 (300) 31 74 249 786 901 (150) 988 (150) 929 502 387 556 44054 157 (200) 176 891 906 83 (150) 948 677 556 129 173 444 41078 335 132 469 124 158 (300) 309 906 718 97 800 56 357 274 701 513 42588 (200) 631 649 (300) 933 319 849 886 204 239 36 (500) 577 557 359 905 (150) 438 894 595 43581 841 (500) 715 684 954 953 838 914 184 189 485 44670 (200) 300 (1000) 561 705 624 14 444 464 928 269 265 45657 331 926 803 218 (150) 915 3 (150) 966 554 959 856 428 (150) 474 534 (150) 822 804 400 58 891 46758 674 (150) 974 216 354 511 500 999 (500) 749 592 209 47758 725 696 182 (150) 939 (500) 685 (300) 530 184 843 (200) 930 125 841 13 426 491 675 620 (150) 850 402 48349 665 729 850 78 823 935 639 89 49 256 377 194 264 768 453 132 49553 (150) 432 983 67 (500) 7 606 184 770 780 660 42 982 259 559 519 50072 236 281 349 682 187 565 930 928 112 471 51993 959 138 82 559 (200) 208 (150) 987 706 136 (200) 910 822 52965 276 989 595 775 697 850 479 200 126 183 787 959 39 737 798 218 609 434 53727 366 785 977 213 82 (150) 57 686 (150) 897 242 256 396 590 421 (200) 54086 13 795 706 228 792 585 252 317 268 854 553 66 516 587 503 473 (300) 55900 13 35 23 675 45 117 560 889 184 753 126 552 (150) 497 905 (200) 50508 813 51 390 854 188 800 (300) 900 16 57588 272 322 970 690 901 985 (200) 208 (200) 615 182 271 75 246 (150) 838 483 359 298 331 603 58798 60 386 849 27 564 686 (200) 892 631 466 286 985 462 827 (150) 190 272 59419 785 405 939 686 (150) 283 (300) 47 642 (300) 197 904 521 (300) 919 60619 (150) 11 573 848 872 855 (500) 220 308 971 (150) 125 36 561 943 636 (150) 951 (300) 248 61116 (20000) 589 536 321 (150) 286 425 544 315 133 251 535 41 316 742 156 (150) 979 392 606 805 62692 (200) 775 470 089 545 727 791 412 715 359 (150) 877 465 558 63794 576 (150) 285 418 219 478 974 482 196 122 432 548 (1000) 121 (300) 608 617 64875 (150) 382 747 871 467 733 30 123 (1000) 195 8 542 820 (200) 722 364 65048 371 (200) 37 594 807 74 759 (200) 676 424 488 394 982 561 (200) 873 (150) 539 814 687 66637 127 (300) 744 1 (150) 235 158 789 372 548 107 222 408 984 918 67914 (150) 565 469 948 (500) 198 892 234 (150) 55 825 744 208 (200) 92 68565 649 842 802 (150) 651 810 730 728 635 606 238 388 (150) 709 149 (150) 69023 185 436 377 265 388 615 (300) 300 809 845 627 585 830 227 923 (500) 556 (200) 109 107 250 70873 187 967 138 (200) 37 (200) 312 139 518 608 457 91 840 626 (150) 794 595 211 221 71401 680 878 750 59 549 (150) 759 280 571 231 (200) 725 37 (200) 513 292 282 722 844 86 671 (150) 72504 454 331 288 396 54 349 49 (200) 333 232 930 294 220 188 762 201 911 927 172 73943 675 358 754 260 354 543 189 283 188 (300) 978 700 (200) 717 74953 795 868 136 278 341 791 963 950 188 (150) 929 (150) 845 (200) 572 75307 724 363 960 664 358 (150) 197 156 (150) 187 (150) 80 643 (200) 705 (150) 671 649 (200) 247 210 160 76082 26 741 775 (150) 689 486 19 508 278 890 876 (150) 702 461 (150) 959 77000 652 332 292 (150) 710 65 64 (150) 788 138 272 206 825 (150) 320 692 902 (300) 73870 414 197 (150) 199 (150) 230 140 277 (150) 674 536 720 685 79151 692 246 (500) 682 354 463 355 640 (150) 595 15 968 744 376 798 154 642 (500) 316 (150) 30450 (200) 478 335 (200) 759 542 (150) 596 (200) 158 427 (200) 780 659 93 794 (150) 974 (300) 569 (1000) 81545 597 852 120 592 319 176 877 594 633 (300) 128 35 58 538 122 169 (150) 469 82238 888 815 719 354 370 312 506 (200) 133 (200) 738 83868 826 681 972 (150) 143 22 (1000) 596 610 812 546 169 40 84826 78 263 730 107 (150) 551 27 465 674 183 (150) 510 (150) 77 501 169 268 28 101 253 (200) 433 (200) 794 85437 729 408 318 (500) 320 (150) 587 107 542 188 970 (200) 680 550 329 72 (150) 56127 333 334 368 772 902 622 (200) 433 755 616 87418 (150) 873 165 906 (200) 144 431 (200) 824 170 284 (150) 981 88583 (300) 884 601 (300) 335 (150) 97 546 747 (150) 150 606 588 892 594 89619 381 538 952 (200) 790 (150) 927 (150) 641 18 817 597 459 490 171 703 298 145 34 (150) 940 812 90725 648 238 558 202 935 18 774 807 877 313 168 669 (150) 928 982 916 (150) 211 (200) 711 91110 973 635 824 159 455 511 (200) 802 998 92268 (300) 148 (300) 373 882 (150) 827 417 776 717 50 462 (150) 702 (300) 958 863 251 73 93927 668 (150) 954 805 (200) 124 915 314 558 437 136 802 160 149 (150) 253 94628 787 738 375 (300) 640 625 490 333 736 535 215 862 (150) 95723 225 623 905 441 859 291 500 411 262 (150) 588 164 548 221 (150) 136 550 959 217 634 (200) 757 (150) 699 (150) 96640 (300) 9 477 23 (150) 458 798 478 64 (300) 429 289 97504 (150) 640 644 861 (150) 335 324 530 (200) 763 (200) 272 (300) 929 803 574 90 807 (150) 172 (300) 267 208 (200) 397 599 98094 169 (150) 399 (1000) 439 437 107 715 789 873 637 490 (150) 828 322 (150) 488 824 99863 749 412 401 438 840 610 765 454 531 843 358 688 (5000) 119 700 13 348

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau M. Veier, Alsterstraße 10, p. W. Müller, Marktstraße 12, p. Herr R. Jäger, Wödenstraße 4. W. Meyer, Hauptmannstraße 7, p. H. Wächter, Markt 10, Hof, p. L. Küper: Herr G. Schirmer, Zweinaundorfer Straße 25, p. S. Naß, Zweinaundorfer Straße 10, p. L. Kleinschöcher: W. Pöbbig. L. Lindenau: Herr D. Kolandt, Merseburger Straße 70, p. Frau M. Hofmann, Wismarstraße 40. L. Meußdorf: Herr P. Friele, Eisenbahnstraße 25, p. Frau M. Jacob, Eisenbahnstraße 85, p. Runge, Marktstraße 41, p. L. Meußdorf: Herr G. Runge, Marktstraße 20, p. Baunsdorf: Herr H. Buschmann, Alsterstraße 126. L. Wagnitz: H. Jung, Schöcherstraße 56, p. L. Meußdorf: D. Köhlermann, Kreuzstraße 87, p. Restaurant Jahn, Kronprinzstraße 6, p. Frau Treiber, Täubchenweg 43, p. Herr H. Köhler, Täubchenweg 53, p. F. Otto, Täubchenweg 43, p. Wossig, Burgener Straße 5, p. L. Meußdorf v. L.: Herr Epp, Wismarstraße 9, p. L. Seckerhausen: Herr E. Thiele, Burgener Straße 80, p. E. Witz, Schützenhausstraße 7, p. L. Thonberg: A. Stede. L. Volkmar: E. Eder, Wödenstraße 1.

Außerdem kann bei sämtlichen Ausdrückern die Leipziger Volkszeitung abgeholt werden.

Auskunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen. Stadt Hannover, Seeburgstraße. Jeden Abend von 7 1/2-9 Uhr mündliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeiterinnen.